

(Minister Dr. Fritz Behrens)

(A) mitteln, daß es sich hier sicher leben läßt und daß die Polizei und alle, die dafür Verantwortung tragen, gute Arbeit leisten.

An dieser Stelle all denen, die das tun und sich damit auf einen sehr richtigen Weg in der Politik der inneren Sicherheit begeben haben, noch einmal ganz herzlichen Dank und "Weiter so"!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich **schließe** hiermit die **Aktuelle Stunde**.

Ich rufe auf:

2 **Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Nachtragshaushaltsgesetz 1999) und Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1999 und zur Änderung anderer Vorschriften**

(B)

Gesetzesentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/3972

Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 12/4270

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 12/4330

zweite Lesung
und
dritte Lesung

Außerdem verweise ich auf den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/4336**.

Ich **eröffne** die **Beratung in zweiter Lesung** und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Diegel für die Fraktion der CDU das Wort.

Helmut Diegel (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beraten heute den Nachtragshaushalt, den der Finanzminister noch kurz vor der Sommerpause eingebracht hat, weil es offensichtlich Grund genug gab, seinen Haushalt für 1999 nachzubessern. Das ist nicht unbedingt ein Indiz dafür, daß ein Haushalt eines Finanzministers an Bestandskraft und möglicherweise auch an Aussagekraft in dem jeweiligen Haushaltsjahr gewonnen hat.

(C)

Es ist nie ein gutes Zeichen, wenn ein Finanzminister in den letzten Jahren immer wieder einen Nachtrag einbringen mußte. Das läßt so ein bißchen ein "Geschmäcke" darüber aufkommen, ob nicht möglicherweise schon beim Aufstellungsverfahren ein bißchen gemogelt worden ist, Herr Finanzminister. Auch dieses Jahr haben wir wieder Indizien dafür, daß es nicht umsonst Nachbesserungsbedarf gegeben hat.

(Zuruf von der SPD: Sie wissen doch genau, worum es geht! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Sie wissen auch genau: Es ist ein Novum - ich habe das in den letzten zehn, fünfzehn Jahren hier noch nicht erlebt -, daß wir parallel zu den Beratungen eines Haushaltsplanentwurfs für ein kommendes Jahr, in diesem Fall für das Haushaltsjahr 2000, noch damit beschäftigt sind, den Haushalt 1999 nachzubessern. Das ist ein Novum, und das sollten wir uns auch in der Zukunft ersparen.

(D)

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Deswegen beteiligen Sie sich an den Beratungen im Schulausschuß auch gar nicht! Wo waren Sie denn? - Weitere Zurufe von der SPD)

- Regen Sie sich doch nicht so auf. Eigentlich hätten Sie mehr Grund, sich darüber aufzuregen, was der Finanzminister am 10. Juni 1999 hier erklärt hat. Er hat erklärt, er werde den Konsolidierungskurs fortsetzen.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

Wenn man den Haushalt um 300 Millionen DM weiter aufbläht, frage ich mich, wie man einen Konsolidierungskurs fortsetzen kann.

(Beifall bei der CDU - Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Wo ist denn eine Aufblähung?)

Sie hätten genug Möglichkeiten gehabt, Herr Finanzminister, mit dem Nachtrag eine deutliche

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) Handschrift hinsichtlich der Reduzierung der Nettoneuverschuldung einzubringen. Nur: Dafür fehlt jeder Beweis. Im Gegenteil, nicht eine einzige Mark wird von Ihnen zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung eingebracht.

Herr Finanzminister, da appelliere ich jetzt auch an Ihre Bereitschaft, einmal eine offene Diskussion in diesem Hause darüber zu führen, was Sie denn mit den uns vom Arbeitskreis Steuerschätzung avisierten 600 Millionen DM gemacht haben, die uns zusätzlich für das Haushaltsjahr 1999 durch die vermehrten Steuereinnahmen, übrigens basierend auf der guten Bundespolitik der alten Regierung Kohl, beschert worden sind.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei SPD und GRÜNEN - Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Wer es glaubt, wird selig! Daran liegt es, daß Sie im Schulausschuß gar nicht erst beraten haben! - Unruhe - Glocke)

- Nein, das sind die Realitäten. Der Haushalt hätte über zusätzliche Einnahmen von 600 Millionen DM - darüber hat uns der Arbeitskreis Steuerschätzung unterrichtet - verfügen können. Herr Dammeyer, Sie tragen Mitverantwortung dafür, daß von diesen 600 Millionen DM Steuermehreinnahmen leider nur 300 Millionen DM in diesen Haushalt eingestellt werden.

(B)

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Darüber haben Ihre Kollegen im Schulausschuß nicht beraten!)

- Herr Dammeyer, haben Sie eigentlich Ihre Fraktion darüber unterrichtet, daß von den 600 Millionen DM 300 Millionen DM freihändig vom Herrn Finanzminister hinter verschlossenen Türen an das Saarland und Bremen weitergegeben worden sind und eben nicht zur Konsolidierung dieses Haushalts beitragen?

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Deswegen haben sich Ihre Kollegen im Schulausschuß an den Beratungen nicht beteiligt!)

Herr Dammeyer, dafür tragen Sie Verantwortung. So kann man mit dem Parlament und den Bürgern dieses Landes nicht umgehen.

(Zuruf von der SPD: Was habt ihr für ein Niveau! - Weitere Zurufe von der SPD - Unruhe - Glocke)

- Ich kann Ihre Aufregung durchaus verstehen; das würde uns auch empören, Herr Dammeyer.

- Aber ich möchte einmal die Frage an das Plenum stellen, ob das Geld auch ans Saarland gegangen wäre, wenn damals schon bekannt gewesen wäre, daß nicht Herr Klimmt das Saarland gewinnt, sondern Herr Müller. (C)

(Reinhold Trinius [SPD]: Was stellen Sie sich eigentlich unter Gesetz vor!)

Insofern werden wir in der Zukunft sehen, wie sich gerade der Finanzminister im weiteren Verlauf der Haushaltsberatungen bei solchen Aktionen verhält.

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: So solide wie bisher!)

Ich denke, Sie wissen sehr genau, wofür Sie hier Verantwortung tragen, und wir müssen feststellen, daß von den 600 Millionen DM, die uns als Steuermehreinnahmen zugestanden hätten, die uns auch gut getan hätten, leider nur 300 Millionen DM eingegangen sind.

(Zuruf von der SPD: Das gibt es doch nicht! - Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Wann kommen Sie zum Nachtragshaushalt?)

- Zum Nachtragshaushalt gehört auch, daß man die unsinnige Verwendung von Geldern hier offen anspricht. (D)

Wir wünschen, daß eine solch unsinnige Verwendung in der Zukunft nicht mehr stattfindet, Herr Dammeyer.

(Zuruf des Dr. Manfred Dammeyer [SPD])

Wir halten es übrigens für genauso unsinnig, daß die zusätzlichen, "nicht benötigten" Steuereinnahmen nicht zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung eingesetzt, sondern nur in eine allgemeine Rücklage eingestellt worden sind.

Uns ist bisher diesbezüglich im übrigen auch überhaupt nicht klar, wieso bei einer solchen Rücklage möglicherweise mehr Zinsen zu erwirtschaften sein sollten. Der Finanzminister ist jeden Beweis für diese Annahme schuldig geblieben. Andererseits ist jedem Laien klar, daß es vernünftig wäre, das Geld zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung zu verwenden, weil man durch Guthabenzinsen nicht mehr Geld erzielen kann, als aufgrund von Schuldzinsen ausgegeben werden muß.

(Helmut Diegel [CDU])

(A) Meine Damen und Herren, Herr Dammeyer hat uns aufgefordert, doch einmal auf den Anlaß einzugehen, den er für die Einbringung eines solchen Nachtrags genannt hat.

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Versuchen Sie es doch einmal!)

Sie haben, Herr Dr. Dammeyer, als Anlaß die Nachbesserung bei der Ausstattung der Schulen mit Lehrern genannt. - Wenn wir das ernst nehmen, dann haben Sie damals zum ersten Mal öffentlich zugegeben, daß die Ausstattung mit Lehrern in diesem Lande mangelhaft ist. Dann haben Sie zugegeben, daß es in diesem Lande eine verfehlte Schulpolitik gegeben hat.

(Laurenz Meyer [CDU]: Das ist doch jedem klar, nur denen nicht!)

Dann frage ich mich aber, Herr Dammeyer, warum Sie nicht schon viel früher nachgebessert haben. Warum lassen Sie den Karren erst vor die Wand fahren, warum lassen Sie Lehrerverbände erst hier aufmarschieren und demonstrieren, warum lassen Sie eine Politik auf dem Rücken unserer Kinder zu - und das über viele Jahre?

(Beifall bei der CDU - Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Warum haben Sie hier gerade zehn Minuten lang über Konsolidierung geredet?!)

(B)

Meine Damen und Herren, Sie versuchen, deutlich zu machen, daß Sie mit diesem Nachtragshaushalt alle Probleme erledigt hätten. Sie jedoch, Herr Dammeyer, wissen besser als alle anderen in diesem Hause, daß das bei weitem nicht der Fall ist - beileibe nicht! Sie konnten eventuell bestimmten Bereichen Linderung verschaffen, aber das Problem haben Sie nicht gelöst.

So ist es nach wie vor ein erbärmliches Zeichen, wenn man erfährt, daß die Eltern mehr als 400 Millionen DM für Nachhilfeunterricht aufbringen müssen. Das ist ein Indiz für Ihr Versagen in der Schulpolitik. Diese Politik muß dringend geändert werden. Bei Jürgen Rüttgers wissen wir sie in Zukunft in guten Händen!

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Mit so pauschalen Argumenten, wie sie Herr Dammeyer am 10.06. hier vorgetragen hat, näm-

lich daß Herr Rüttgers davon nichts verstehe, kann man in der Öffentlichkeit nicht auftreten. (C)

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Aber das ist doch im Detail belegt und in dem neuen Buch auch ausgebreitet!)

Herr Dammeyer, Sie sollten sehr vorsichtig sein, für sich in Anspruch zu nehmen, daß ausschließlich Sie etwas von Schulpolitik verstehen.

(Laurenz Meyer [CDU]: Der versteht überhaupt nichts von Schulpolitik!)

Im Gegenteil! Wir alle sollten vorsichtig sein, uns über die Urteile von Eltern und Kindern hinwegzusetzen. Nur mit Ideologie Schulpolitik zu machen, ist mit Sicherheit nicht der richtige Weg.

(Zurufe von der SPD)

Wir werden uns an der Sache und an den Kindern orientieren.

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Merken Sie sich das, und sagen Sie das Ihren Einpeitschern!)

- Herr Dammeyer, ich brauche mir das nicht zu merken, denn ich bin selber Vater von vier schulpflichtigen Kindern. Und mich schmerzt es schon, wenn meine älteste Tochter nach Hause kommt und mir erzählt, daß bei ihr ein Jahr lang der Kunstunterricht ausfällt. Fragen Sie doch einmal in Ihren Reihen, wie die Eltern das sehen. Es gibt quasi überhaupt keine Kinder und damit keine Eltern, die nicht von Unterrichtsausfall betroffen sind. Das gilt es, ernst zu nehmen, und da gilt es, den Hebel anzusetzen und nicht zu versuchen, uns mit irgendeiner Kosmetik zu verblenden. Sie haben in der Schulpolitik versagt. Und durch den von Ihnen eingebrachten Nachtrag haben Sie das Problem weder an der Wurzel gepackt, geschweige denn zu einem guten Ende gebracht. Hier gibt es viel zu tun. In der Zukunft muß die Schulpolitik mit Ehrlichkeit betrieben werden!

(D)

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich zu einem weiteren Punkt kommen. Er betrifft die sogenannten Leistungsprämien und macht uns sehr viel Sorgen. Herr Finanzminister, wir haben uns in der letzten Haushalts- und Finanzausschuß-Sitzung schon bemüht, Ihnen nahezubringen, wie schwer es ist,

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) mit der Leistungsprämie in diesem Parlament und in diesem Lande umzugehen. Die Leistungsprämie nämlich, gedacht als Anreiz, als Instrument, Mehrarbeit, Initiativen, neue Anregungen zu belohnen, scheint nun völlig im Kasten von Ungerechtigkeiten zu versickern.

Es fehlt auch jede Akzeptanz für die Leistungsprämie. Wir sollten nicht so tun, als ob das an den Betroffenen läge, sondern hier ganz klar erklären, woran es wirklich liegt.

Der erste Unmut kommt auf, weil die Leistungsprämie, die bisher nur den Beamten vorbehalten war, jetzt auch, und zwar durch einen Vermerk im Nachtragshaushalt, den Angestellten zugute kommen soll. Herr Dammeyer, ich spreche Sie jetzt persönlich an und frage Sie: Welches Gerechtigkeitsgefühl herrscht eigentlich in Ihrer Fraktion, wenn man auf der einen Seite den Beamten das Geld nimmt, also die Leistungsprämie ausschließlich von ihnen finanzieren läßt, es letztlich aber frei streut auf Beamte und Angestellte? Ich kann den Unmut der Beamten schon verstehen, wenn sie sagen: Wir bezahlen das, aber es kommen nicht nur wir zum Zuge, sondern plötzlich alle!

(Zuruf des Dr. Manfred Dammeyer [SPD])

- (B) Mit diesem Ansatz haben Sie nicht nur den Beamten keinen Gefallen getan, sondern Sie haben einen ungerechten Ansatz gewählt, der einfach zu Unmut führen mußte.

Zweiter Punkt! Wenn wir schon bei "ungerechten Ansätzen" sind, gilt es auch zu erklären, wie denn das Geld verteilt werden soll. Das Geld soll nicht entsprechend der Anzahl der Angestellten und Beamten an die Ressorts verteilt werden, nein: Ausschlaggebend ist plötzlich nur noch der jeweilige Prozentsatz der Beamten. Das heißt: Wenn in einem Hause nur 40 % der Beschäftigten Beamte sind, richtet sich das zur Verfügung gestellte Geld in seiner Höhe nach diesen 40 %. Das führt z. B. dazu, daß in Häusern, in denen es sehr wenige Beamte gibt - unter anderem auch in diesem Hause -, kaum Gelder zur Verfügung stehen und damit auch die Leistungsanreize unverhältnismäßig gering ausfallen.

Meine Damen und Herren! So kann man keine geeigneten Kriterien aufstellen. Man darf sich nicht wundern, daß der positive Ansatz und Grundgedanke der Leistungsprämie nicht nur verwässert, sondern in Frage gestellt wird.

Wir von der CDU-Fraktion wundern uns nicht mehr darüber, daß es in diesem Hause und eigentlich im ganzen Lande immer mehr Unmut darüber gibt statt Bereitschaft, sich über einen solchen positiven Anreiz zu freuen.

(Zuruf des Lothar Niggeloh [SPD])

- Herr Niggeloh, im Gegenteil! 2.000 Polizisten haben in einer Demo ganz klar zum Ausdruck gebracht, daß sie das so nicht wollen. Das muß einen schon wundern. Ausschlaggebend ist nicht das Instrument der Leistungsprämie, sondern ausschlaggebend sind die Kriterien, die Sie entwickelt haben,

(Minister Dr. Fritz Behrens: Nein, Sie irren!)

und vor allen Dingen, wie ungerecht Sie die Ansätze für eine Verteilung gewählt haben, Herr Innenminister.

(Minister Dr. Fritz Behrens: Es geht nicht um die Kriterien, sondern es geht um das Instrument!)

- Herr Innenminister, wenn Sie sich die Mühe gemacht hätten,

(Minister Dr. Fritz Behrens: Habe ich!)

auch einmal an Sitzungen des Unterausschusses "Personal" teilzunehmen, hätte sich Ihnen ein Schaubild der besonderen Art geboten. Obwohl es nämlich einen einstimmigen Kabinettsbeschluß gibt, können wir feststellen, daß sich die Vertreter Ihres Hauses auf einmal gegen die Vertreter des Hauses des Finanzministers stellen. Obendrauf kommen noch die Vertreter des Schulministeriums. Und alle haben zur Leistungsprämie abweichende Meinungen. Herr Innenminister, mit einem solchen Ansatz kommen Sie nicht durch. So können Sie keine Politik gestalten. Sie haben damit auch überhaupt keinen Anspruch mehr darauf, hier Politik zu gestalten.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch des Ministers Dr. Fritz Behrens)

Wir meinen, daß das Thema Leistungsprämie noch einmal einer genauen Prüfung unterzogen werden muß. Herr Finanzminister, deshalb haben wir einen zusätzlichen Antrag eingebracht, daß die im Jahre 1999 nicht verausgabten Mittel aus der Leistungsprämie in das nächste Jahr übertragen werden sollen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Wegweisend!)

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) Dieser Ansatz erhält uns zumindest die Möglichkeit, nicht verausgabte Mittel nicht unter Umständen in die Landeskasse zurückfließen lassen zu müssen, sondern für diese bis zum nächsten Jahr einen vernünftigen Ansatz finden zu können, der dem Anspruch der Leistungsprämie gerecht wird und auch den Betroffenen, die unter Umständen einen Anspruch erworben haben.

(Zuruf des Ernst-Martin Walsken [SPD])

- Herr Walsken, es steht allerdings außer Frage, daß wir es uns nicht noch einmal erlauben können, eine solche Diskussion zu führen. Sollten die Betroffenen auch im nächsten Jahr keine Bereitschaft zeigen, einen Gerechtigkeitsansatz zu empfinden, macht es keinen Sinn, sich mit solchen Ansätzen und unter den Voraussetzungen, die Sie geschaffen haben, mit dem Instrument der Leistungsprämie zu rühmen. Das ist bei weitem kein Ruhmesblatt. Wir wollen doch motivieren und eben nicht demotivieren. In dem Punkt ist mittlerweile genau das Gegenteil von dem, was möglicherweise beabsichtigt war, eingetreten.

(Minister Dr. Fritz Behrens: Meinen Sie das wirklich? Oder haben Sie nur ein paar im Blick, die jetzt einmal laut demonstriert haben?)

- (B) - Nein, Herr Innenminister. Nach den Diskussionen, die wir in diesem Hause geführt haben, und auch aufgrund von Informationen, die uns vorgetragen worden sind, nehmen Sie die Situation bitte ernst: Sie können im Lande hinkommen, wo Sie wollen. Als der stellvertretende Ministerpräsident kürzlich das Landesumweltamt in Hagen eröffnet hat, ist man als erstes mit dem Thema Leistungsprämie überfallen worden. Sie können eben hinkommen, wohin Sie wollen, das gilt auch für Ihr Haus, nicht nur für die Polizisten. Das ist das beherrschende Thema. Herr Innenminister, das kann doch nicht richtig sein: Wir wollen Leute motivieren und prämiieren, die aber nicht erkennen, daß es um eine Prämie geht. Machen Sie das richtig, oder lassen Sie es! So lautet unsere Devise in diesem Bereich.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben uns nicht nur mit diesen Kriterien und Problemen während der Haushaltsberatungen herumschlagen müssen,

sondern auch damit, daß Anträge von Rot-Grün (C) aus den Fraktionen überraschend in den Haushalts- und Finanzausschuß gelangten.

(Reinhold Trinius [SPD]: Überraschend?)

Meine Damen und Herren, es wurden Erhöhungsanträge eingebracht, die dem Kabinett - sprich: dem Finanzminister - interessanterweise schon bekannt und vorgelegt sowie abschlägig beschieden worden waren. Damit unternehmen Sie den Versuch, etwas, das das Kabinett bereits abgelehnt hat, über die Hintertür wieder ins Parlament einzubringen.

(Reinhold Trinius [SPD]: Hintertür? - Lachen bei SPD und GRÜNEN)

Zur Überraschung aller sind diese Vorschläge noch nicht einmal gedeckt. Sie versuchen vielmehr, über eine globale Minderausgabe einen Deckungsansatz zu finden, den Sie, wenn er von unserer Seite kam, bisher immer kritisiert haben.

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Beratungen im Landtag sind eine Hintertür!?)

- Meine Damen und Herren, es gehört zur Ehrlichkeit dazu, daß man uns in dieser Diskussion hätte erklären müssen, daß ein solches Vorhaben bereits dem Kabinett und dem Finanzminister vorgelegen hat, der die Aussichtslosigkeit eines solchen Unterfangens deutlich gemacht hat. (D)

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Das Parlament ist keine Hintertür. Sie sind doch auch kein Hintertüredner!)

Wenn Ihnen der Finanzminister die Aussichtslosigkeit bescheinigt, warum beharren Sie dann über eine globale Minderausgabe darauf?

Meine Damen und Herren, wir werden auf der Grundlage dessen, was Sie hier zur Leistungsprämie vorgetragen haben, insbesondere aber auch mit Blick auf die mangelhaften Gründe, die Sie für die Lehrerausstattung angeführt haben, sowie insbesondere bezüglich der damit einhergehenden Neuverschuldung, die Sie nach wie vor nicht zurückgefahren haben, nachweisen, daß Sie noch nicht einmal dem Anspruch gerecht geworden sind, den Konsolidierungskurs fortgesetzt zu haben.

Deshalb brauchen wir Ihren Nachtrag hier nicht nur nicht weiter zu beraten, sondern werden ihn

(Helmut Diegel [CDU])

(A) heute ablehnen. - Vielen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU - Demonstrativer Beifall bei der SPD - Roland Appel [GRÜNE]: Das war jetzt eine Sternstunde des Parlaments!)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Walsken für die Fraktion der SPD das Wort.

Ernst-Martin Walsken (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe heute zum erstenmal gehört, daß der Landtag eine Hintertür ist und die Autorität des Finanzministers in den Augen des Herrn Diegel höher angesiedelt ist als die des Gesetzgebers. Ich muß sagen: Ich muß Herrn Finanzminister Schlußer ein Kompliment machen, daß er es geschafft hat, bei der CDU ein solch hohes Ansehen zu bekommen, wie es heute von Ihnen, Herr Kollege Diegel, dokumentiert worden ist. Herzlichen Glückwunsch, Herr Finanzminister!

(B) Aber es bleibt dabei, Herr Kollege Diegel: Die Zuständigkeit für die Verabschiedung des Haushalts liegt beim Parlament. Wir nehmen uns die Freiheit heraus, hin und wieder Dinge zu beschließen, die von der Regierung vielleicht anders gesehen werden können. Das gehört zu unserer Souveränität und zu unserer Offenheit im Parlament.

Aus dem, was Sie angesprochen haben, will ich nur Ihre letzte Bemerkung ganz kurz aufnehmen, daß wir als SPD oder als GRÜNE, als Koalition, Ihnen im Haushalts- und Finanzausschuß völlig überraschend Anträge zugemutet hätten. Ich muß sagen: Als ich heute morgen in dieses Haus kam, guckte ich in die Fächer. Dort fand ich einen Antrag der CDU zum Nachtragshaushalt für die heutige Beratung. Da wollen Sie uns den Vorwurf machen, daß wir Ihnen nicht Gelegenheit geben, die Dinge ausreichend zu beraten, wenn Sie mit uns in dieser Art und Weise umgehen? Herr Kollege Diegel, messen Sie Ihre Kritik doch erst einmal an Ihrem eigenen Verhalten, bevor Sie den Mund auf tun!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich versuche einmal, von der Sache her auf das einzugehen, was Sie gesagt haben. Aber wo nicht viel Sache ist, ist es schwierig, darauf ein-

zugehen; das ist dabei das Problem. Sie haben erklärt, wie schlecht die Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen sei. Sie haben gesagt, da sei alles verheerend. Dann nehmen wir die unglaubliche Chance wahr, aus den zunehmenden Steuereinnahmen dieses Jahres einen großen Teil, über 300 Millionen DM, abzuwickeln, um in den Schulen zu helfen. Draußen sagen Sie überall, die Schulen seien schlecht. Aber hier im Parlament sagen Sie nicht, die SPD hätte etwas gut und vernünftig gemacht, so daß Sie das unterstützen könnten, sondern Sie sagen hier: Nein, das ist falsch; das Geld hätte man dazu verwenden sollen, die Schulden zu senken. - Ja, Herr Kollege Diegel, was will die CDU denn eigentlich? Was wollen Sie? Wollen Sie, daß wir für die Schulen etwas tun, oder wollen Sie, daß wir die Verschuldung senken? Beides zusammen geht nicht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist Ihre Doppelzüngigkeit, die Sie seit einiger Zeit praktizieren. Ich weiß nicht, ob das die "neue CDU im Westen" ist. Ich weiß sowieso nicht, was die "neue CDU im Westen" sein soll. Herr Rüttgers spricht dauernd davon. Ich darf ihn einmal zitieren. Im "Morgenmagazin" sagte er: "Es ist klar, deshalb werden wir uns als neue CDU im Westen ..." - Kandidieren Sie eigentlich alle nicht wieder? Sind Sie von der CDU nach der Landtagswahl nicht mehr hier? "Neue CDU" würde ja bedeuten, daß andere Gesichter hier sein werden. Ich hoffe aber, daß Sie alle wiederkommen.

(Zustimmung des Laurenz Meyer [CDU])

- Das ist ja schön, Herr Meyer, dann wird die neue CDU ja die alte sein. Dann können wir in der gleichen Weise weiterdiskutieren wie bisher und auch nach der gleichen Ordnung wie bisher.

Herr Rüttgers sagte also:

"Es ist klar, deshalb werden wir als neue CDU im Westen uns darauf konzentrieren, bis zum Landesparteitag im Dezember in vier Themenbereichen inhaltlich zu arbeiten. Das ist Arbeit für alle,"

- eine unglaubliche Sache! -

"angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen ein ganz wichtiges Thema. Das zweite ist, die Schulen in Ordnung zu bringen. Da wird Zukunft gemacht. Dann das Thema innere Sicherheit und dann das Thema familienfreundliches Nordrhein-Westfalen."

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

(A) Sie haben sich wirklich bemüht, Herr Kollege Diegel, die Weisungen Ihres Vorsitzenden hier umzusetzen. Aber ich muß sagen: Diese Weisungen allein reichen nicht aus. Herr Rüttgers gibt ja ausdrücklich zu, daß man inhaltlich daran erst arbeiten will. Also können Sie heute zum Inhalt nichts sagen, weil Sie dafür erst die Arbeit machen müssen. Vorher können Sie inhaltlich nicht Stellung nehmen. Sie können jetzt nur eines machen: sich in allgemeinen Phrasen ergehen, ohne in der Sache konkret etwas beizusteuern.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die gesamten Haushaltsberatungen waren davon geprägt, daß Sie keinen Beitrag zur Sache, keinen Beitrag zu den Themen, die Sie als Schwerpunkte genannt haben, im Zusammenhang mit dem Haushalt geleistet haben. Es war kein einziger Beitrag dazu, Herr Kollege Diegel!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn man Politik daraufhin überprüft, was Glaubwürdigkeit ist, nämlich die Übereinstimmung zwischen Reden und Handeln, die Prüfung einer Faktenlage und dessen, was man tut, dann sehen Sie nicht sonderlich gut aus. Ich erlaube mir einmal, im Gegensatz zu Ihnen meine Haushaltsrede mit Fakten zu untermauern und vorzutragen.

(B)

Fakt ist, daß die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen saisonbereinigt seit vielen Monaten sinkt, und zwar sank sie im Januar um 4,6 %, im März um 3,3 % und im August um 2,2 % gegenüber den jeweiligen Vorjahresmonaten. Die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen ist also gesunken.

Selbst das Landesarbeitsamt sieht sich zu der vorsichtigen Aussage veranlaßt, daß sich die Abnahmerate der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen um die 2%-Marke zu stabilisieren scheint. Das sind Fakten und Erfolge von Politik.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Noch deutlicher fallen die Erfolge bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit aus. Hier war im August 1999 die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen so niedrig, wie sie in diesem Land seit acht Jahren nicht mehr gewesen ist.

Bei den langzeitarbeitslosen jungen Menschen bis zu 25 Jahren können wir durch die Programme "Jugend und Arbeit" und "Arbeit statt Sozialhilfe" und in Verbindung mit dem Programm der Bundesregierung einen Rückgang der Arbeitslosigkeit

um 41 % erreichen. Das bedeutet also einen Rückgang von 41 % bei der Anzahl der langzeitarbeitslosen Jugendlichen bis 25 Jahre.

(C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir haben, meine Damen und Herren, 5.000 Ausbildungsplätze mehr als im Vorjahr. Sie wissen ganz genau, daß ein Großteil der Jugendarbeitslosigkeit deshalb besteht, weil trotz Steigerung der Ausbildungsplatzzahlen in diesem Lande die Zahl der Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, noch stärker gestiegen ist, und daß deshalb die Lücke entsteht, die uns zwingt, hier politisch etwas zu tun, wie wir es getan haben.

Trotz dieser Erfolge haben Sie, meine Damen und Herren, die Programme, die wir gemacht haben, abgelehnt. Das sind Ihre Antworten auf unsere konkreten Bemühungen, etwas für junge Menschen zu tun.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Der zweite Punkte hieß: die Schulen in Ordnung bringen. Ich habe eben schon gesagt: Wir legen einen Nachtragshaushalt vor und geben über 300 Millionen DM in die Schulen hinein, weil wir Gott sei Dank Steuerermehreinnahmen gehabt haben, die wir sinnvoll verwenden können. Sie aber sagen hier im Plenum, dies sei Ihnen nicht recht, wir sollten vielmehr die Schulden senken. Sehen Sie, das ist die Doppelzüngigkeit Ihrer Politik.

(D)

Herr Rüttgers erklärt in Interviews, er wolle mit den CDU-Politikern in den Kommunen vereinbaren, mehr für Schulen und Schulsanierungen zu tun. Meine Damen und Herren, erstens wissen Sie, daß es eine kommunale Aufgabe ist, auf diesem Gebiet etwas zu tun. Sie wissen zweitens, daß wir ausdrücklich für diesen Zweck im Nachtragshaushalt 55 Millionen DM zur Verfügung gestellt haben. Ihre Kollegen in den Fachausschüssen - Ausschuß für Kommunalpolitik, Haushalts- und Finanzausschuß - haben diese Operation bewußt abgelehnt. Das ist eine Tatsache!

Wenn Sie aber einmal die Lage der Schulen in Nordrhein-Westfalen angucken und einen Vergleich mit anderen Bundesländern ziehen, dann erkennen Sie, daß wir in Nordrhein-Westfalen gut aussehen. Wir liegen bei den Ausgaben für öffentliche Schulen pro Haushalt, pro Schüler und pro Jahr weit über den Ausgaben von Bayern, Baden-Württemberg oder Sachsen - Länder, auf die Sie ja immer stolz verweisen. Wir sind besser,

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

(A) wir geben mehr aus. Die Schulen sind uns mehr wert als den bayerischen CSU-Politikern.

Wir wollen mit dem Initiativprogramm Schule im Haushalt weitere Mittel zur Verfügung stellen, und zwar 71 Millionen DM für den Vertretungspool für Grundschulen und 330 Millionen DM insgesamt für den Schulbereich. Das sind Fakten; daran können Sie sich orientieren.

Leider habe ich feststellen müssen - mein Kollege Degen wird das gleich noch vertiefen -, daß Sie sich in dem dafür zuständigen Fachausschuß zu diesem Programm noch nicht einmal geäußert haben. Sie sind der Diskussion ausgewichen, Sie haben gekniffen, damit Sie hier im Plenum eine große polemische Rede halten können.

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: So sind sie!)

Das zeigt das wahre Gesicht der Opposition in diesem Land.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(B) Zum Thema "innere Sicherheit": Die Koalition hat bei den Nachtragshaushaltsberatungen beantragt, 1 Million DM zur Beschleunigung von Untersuchungen zur Verfügung zu stellen, um im Rahmen des Verbraucherschutzes unsere Bevölkerung vor dioxinverseuchten Lebensmitteln zu schützen. Wir wollten Untersuchungen, die erst für 2000 geplant sind, schon in diesem Jahr beginnen lassen. Das hat die CDU abgelehnt. Sie wollte diese Untersuchungen nicht. Das zeigt, welche Vorstellung sie von dem Begriff des Verbraucherschutzes hat.

(Beifall bei der SPD)

Im Gegensatz zu den Anträgen, die die CDU vorgelegt hat, haben wir eine saubere Deckung vorgelegt. Sie ist akzeptiert und beschlossen worden. Erzählen Sie also keine Märchen, Herr Kollege!

Herr Rüttgers hat das Thema innere Sicherheit angesprochen, das heute morgen - Gott sei Dank - ausgiebig diskutiert worden ist. Ich will es mit ein paar Zahlen untermauern. Die Zahl der Straftaten in Nordrhein-Westfalen hat um 1,6 % abgenommen. Die Aufklärungsquote ist auf 49,8 % gestiegen. Wir haben unter allen Bundesländern die beste Bezahlung der Polizei. 1997 hatte Baden-Württemberg 60 % der Beamten im mittleren Dienst, 30 % im gehobenen Dienst, Bayern

50 % im mittleren Dienst und 40 % im gehobenen Dienst. Wir in Nordrhein-Westfalen haben 30 % im mittleren Dienst und 60 % im gehobenen Dienst.

Wir haben das System der Ordnungspartnerschaft erfunden. Wir sind stolz darauf und sicher, daß wir damit einen hervorragenden Beitrag zur Gewährleistung der inneren Sicherheit in Nordrhein-Westfalen geleistet haben. Die Diskussion von heute morgen hat uns in unserer Politik ausdrücklich bestätigt.

(Beifall bei der SPD - Theodor Kruse [Olpe]
[CDU]: Die Landesregierung ist auf einem guten Weg!)

Ich komme zu meinem letzten Thema: der Familienpolitik, einem familienfreundlichen Nordrhein-Westfalen. Wer hat das Recht auf einen Kindergartenplatz in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren denn umgesetzt? Das war die Koalition, das war die SPD!

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Wir haben das umgesetzt, was uns die Bundesregierung, ohne einen Pfennig dazuzutun, aufgedrückt hat. Wir haben das geschafft. Sie haben abseits gestanden.

(Beifall bei der SPD)

Wer hat das Programm "Verlässliche Grundschule von 8 bis 1" denn umgesetzt? Wir haben es erfunden, eingeführt und umgesetzt. Darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der SPD)

Im übrigen habe ich von Ihnen zu diesem Thema keine Anträge gesehen. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Das Bundesverfassungsgericht hat der alten Bundesregierung die Verfassungswidrigkeit der steuerlichen Behandlung von Familien bescheinigt. Diese Entscheidung hat das Bundesverfassungsgericht gegen die alte Bundesregierung getroffen, der Herr Rüttgers angehört hat. Das war eine Entscheidung gegen Sie. Nehmen Sie doch einmal zur Kenntnis, wo Ihre eigentliche Verantwortung bei der Familienpolitik gelegen hat!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir haben in Nordrhein-Westfalen für die Drei- bis Sechsjährigen pro Jahr 2.800 DM aus dem Lan-

(C)

(D)

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

- (A) deshaushalt bezahlt, Bayern liegt bei 1.900 DM, Baden-Württemberg bei 1.400 DM.

(Regina van Dinker [CDU]: Das können Sie gar nicht vergleichen!)

Der Schnitt der Flächenländer liegt bei 1.400 DM. Wir in Nordrhein-Westfalen haben mit dem Programm "Verlässliche Grundschule", mit der Ausgestaltung unserer Schulpolitik, mit dem Recht auf Kindergartenplätze eine für Deutschland vorbildliche Familienpolitik geleistet. Sie haben es schwer, die zu kritisieren. Das ist Ihre Crux.

(Widerspruch bei der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß ein paar Randbemerkungen machen. Sie regen sich hier über die Leistungsprämie auf - übrigens eine Erfindung von Herrn Kanther, Ihrem ehemaligen Innenminister. Diese Leistungsprämie, zu der Sie uns über Nacht noch einen Antrag auf den Tisch gelegt haben, wird vom Kabinett wie folgt behandelt: Jedes Ressort bekommt die Mittel entsprechend der Anzahl der Beamten zugewiesen. Jedes Ressort verfährt entsprechend.

Es gibt Ärger bei der Polizei; das ist gar keine Frage.

- (B) (Theodor Kruse [Olpe] [CDU]: Im Justizvollzug!)

- Ja, der Justizvollzug hat auch ein paar Probleme. Dort ist alles noch etwas schwieriger als bei der Polizei. Das Problem liegt an einer anderen Stelle: Im Gegensatz zur Polizei hat der Justizvollzug keine kw-Stellen, sondern Überstunden und damit Probleme mit der vorhandenen Stellenbesetzung. Die Polizei hat kw-Stellen und insofern keine Probleme mit der Stellenbesetzung.

Die Polizei hat Probleme im Hinblick auf die Motivation. Man befürchtet, daß bei Auszahlung einer Leistungsprämie Teamarbeit und Teamgeist belastet werden. Darüber muß man ganz vorurteilslos reden. Man muß feststellen, wo die Probleme liegen, und versuchen, eine Lösung zu finden. Sie können sicher sein, daß wir diese Lösung finden werden - auch mit der Polizei zusammen.

Ich bitte den Präsidenten ausdrücklich darum, zu prüfen, ob es zulässig ist, Anträge, die nicht im Haushalts- und Finanzausschuß bzw. im Fachausschuß zur Beratung vorgelegt haben, in die zweite Lesung im Parlament einzubringen. Ich halte das für eine Zumutung für das Beratungs-

prozedere des Parlaments. Ich sage es ausdrücklich: Das, was die Opposition hier macht, ist eine Zumutung. (C)

(Beifall bei der SPD - Widerspruch des Laurenz Meyer [CDU])

- Herr Kollege Meyer, es geht darum, darzulegen, wie Sie als Opposition meinen mit dem Parlament umgehen zu müssen. Daß wir fair miteinander umgehen, ist keine Einbahnstraße. Vielmehr sind Sie verpflichtet, mit uns fair umzugehen, genau wie wir uns verpflichtet fühlen, mit Ihnen fair umzugehen. Deshalb haben wir Ihnen unseren Antrag rechtzeitig im Haushalts- und Finanzausschuß vorgelegt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ihr Antrag ist im Haushalts- und Finanzausschuß, lieber Herr Kollege Meyer, noch nicht einmal angesprochen worden. Er ist Ihnen über Nacht eingefallen. Jetzt wollen Sie ihn durchsetzen. Daher bitte ich den Präsidenten ausdrücklich um Klärung, ob das, was Sie hier machen, verfahrensrechtlich zulässig ist.

Unabhängig von dieser Klärung, Herr Kollege Meyer, lege ich Wert auf folgende Feststellung: Der Grundgedanke, der Ihrem Antrag zugrunde liegt, ist durchaus plausibel. Sie sagen: Mittel, die von Beamten erwirtschaftet und nicht ausgegeben worden sind, können zur allgemeinen Deckung des Haushalts genutzt werden. Diesen Grundgedanken halte ich zwar nicht für zwingend, aber auch nicht für unplausibel. Ich schlage dennoch einen anderen Weg vor: Ich bitte den Finanzminister herzlich darum, zu prüfen --- (D)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klöse: Herr Kollege Walsken, darf ich Sie einmal unterbrechen? Wollen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Meyer zulassen?

Ernst-Martin Walsken (SPD): Wenn ich diesen Gedanken zu Ende geführt habe, kann Herr Meyer seine Zwischenfrage stellen. - Wir halten den Grundgedanken des Antrags für richtig, Herr Kollege Meyer, sind allerdings der Meinung, daß der Finanzminister prüfen sollte, ob er die im Rahmen der Leistungsprämie 1999 zur Verfügung gestellten Mittel, die er nicht ausgibt, am Ende des Jahres der allgemeinen Versorgungsrücklage der Beamten zur Verfügung stellen kann. Das wäre auch

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

(A) ein Weg, um das der Beamtenschaft insgesamt zu sichern, ohne den eigentlich Zweck zu verfehlen.

Ich halte es allerdings nicht für richtig, eine auf ein Jahr bezogene Leistungsprämie auf das nächste Jahr zu übertragen, weil das zu einer Belastung des nächsten Haushaltsjahres führen würde.

Ich bin am Schluß meiner Rede, Herr Kollege Meyer, aber Ihre Zwischenfrage akzeptiere ich noch.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Bitte schön, Herr Kollege Meyer!

Laurenz Meyer (CDU): Herr Kollege Walsken, ich möchte Sie einmal fragen, wie Sie sich das denn anders vorstellen. Wir haben gemeinsam, alle Fraktionen - der Kollege Appel war ja auch dabei, und der Kollege Baranowski hat für die SPD-Fraktion gesprochen -, bei der Demo in Duisburg den Wunsch gehört, daß man zunächst einmal diesen Weg wählt, um nicht unter Zeitdruck zu kommen, was die Gespräche über die Verwendung der vorgesehenen Mittel angeht.

(B)

Wir haben uns in der darauf folgenden Fraktions-sitzung - das war gestern - damit beschäftigt und natürlich gedacht, daß Sie sich in der SPD-Fraktion genauso damit beschäftigen würden, weil Sie das ja vor den Demonstranten zugesagt hatten, und daß wir hier wahrscheinlich sogar zu einer einheitlichen Beschlußfassung kommen würden, und haben dann diesen Antrag eingebracht. Können Sie mir sagen, wie man schneller und besser nach Zusagen aller Fraktionen auf Wünsche Betroffener eingehen kann, als wenn man das in der nächsten Sitzung bespricht? Ich hätte überhaupt kein Verständnis dafür, wenn Sie dem heute nicht zustimmten, weil Ihre Kollegen das ja auch vor den Demonstranten zugesagt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ernst-Martin Walsken (SPD): Kollege Meyer, wenn Sie das am Dienstag in Ihrer Fraktion besprochen haben, wäre es ein Leichtes gewesen, am Nachmittag den anderen Fraktionen das Ergebnis Ihrer Beratungen zur Verfügung zu stellen und nicht bis heute morgen zu warten, um den

Antrag auf den Tisch zu legen. Dann hätten wir doch ein bißchen mehr Zeit gehabt.

(C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der zweite Punkt ist: Selbstverständlich haben wir das zugesagt, und selbstverständlich haben auch wir in der Fraktion beraten. Ich sage Ihnen ausdrücklich: Unsere Fraktion hat entschieden, daß es bei der Formulierung im Nachtragshaushalt bleibt. Wir sind aber gesprächsbereit, was die Veränderung von Formulierungen für den Haushalt 2000 angeht. Vielleicht haben Sie dann noch einmal die Gelegenheit, den Konsens mit uns zu suchen. Wir sind nicht weit von der Polizei weg; aber den Weg, den Sie vorschlagen, lehnen wir ab. Das ist, glaube ich, relativ einfach überzubringen. Die Polizei kann sich um übrigen darauf verlassen, daß wir versuchen, mit ihr eine konsensuale Lösung hinzukriegen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, wollte ich zu der Frage, die Herr Kollege Walsken hier aufgeworfen hat - ob der Antrag der Fraktion der CDU zulässig sei - Stellung nehmen. Ihre Fraktion, Herr Kollege Walsken, hat ja dankenswerterweise vorher angekündigt, daß diese Prüfung erfolgen möge. Wir haben das inzwischen geprüft. Sie haben sich bei Ihrer Überlegung wohl auf den § 77 Abs. 3 der Geschäftsordnung bezogen, der möglicherweise Anlaß zu der Frage gibt, die Sie aufgeworfen haben.

(D)

Die Rechtslage ist aber eindeutig, wenn Sie in den § 79 Abs. 3 der Geschäftsordnung hineinschauen. Dort heißt es:

"Änderungsanträge können von jedem Mitglied des Landtags gestellt werden, solange die Beratung des Gegenstandes, auf den sie sich beziehen, noch nicht geschlossen ist."

Das heißt, daß dieser Änderungsantrag zulässig ist. Wir haben auch in der Vergangenheit so verfahren. Auch bei Änderungsanträgen bei den Haushaltsberatungen im vergangenen Jahr ist so verfahren worden. Der Änderungsantrag ist also zulässig.

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Können Sie § 77 Abs. 3 auch in die Überlegungen einbeziehen, Herr Präsident?)

(Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

(A) - Sicherlich muß man auch das prüfen. Aber die Situation ist eindeutig.

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Haushaltsvorlagen!)

- Das ist hier keine Haushaltsvorlage. Haushaltsvorlagen macht die Landesregierung.

Sie werden ja nachher Gelegenheit haben, das noch einmal zu betrachten. Ich habe Ihnen jedenfalls dieses Ergebnis, das ich zusammen mit den Mitarbeitern der Verwaltung gefunden habe, jetzt mitteilen wollen. Was Sie weiter damit machen, ist dann Ihre Angelegenheit.

Ich erteile Herrn Kollegen Remmel für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Positive vorweg! Nach einer langen Durststrecke zeigt sich auf der Einnahmeseite des Haushalts ein Silberstreifen am Horizont. Die Steuereinnahmen haben sich in der ersten Jahreshälfte 1999 deutlich besser entwickelt als angenommen. Sicherlich ist dies kein Anlaß, übertriebene Erwartungen zu hegen. Das tut auch niemand.

(B) (Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

Eine goldene Zukunft ist jedenfalls nicht zu erwarten. Allerdings bleibt festzuhalten: Die notwendige Konsolidierung der Staatsfinanzen und der öffentlichen Haushalte erfordert sowohl eine Verbesserung und Stabilisierung der Einnahmeseite auf höherem Niveau und eine restriktive Ausgabenpolitik.

In den letzten Wochen ist sehr viel über die angebliche Schiefelage der Sparbemühungen der Bundesregierung diskutiert worden. Die größte soziale Schiefelage ist allerdings von der alten Bundesregierung in den letzten Jahren systematisch verursacht worden. Systematisch ist die Einkommensteuer, eine der Haupteinnahmequellen, durch Abgrabungen und Schlupflöcher fast zum Versiegen gebracht worden. Hier - und das sollte man nicht vergessen - liegen große soziale Ungerechtigkeiten. Gerade die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen mußten in den vergangenen Jahren die Hauptlast der Einkommensteuer tragen. Die jetzt absehbaren Zahlen deuten darauf hin, daß die neue Bundesregierung hier richtig korrigiert hat. Die Steuerlast, gerade bei der Einkom-

mensteuer, muß auf alle Schultern, insbesondere auf die starken Schultern, verteilt werden. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Insofern sind die strukturellen Änderungen und die Beseitigung der Schlupflöcher durch das Steuerentlastungsgesetz 1999 und die entsprechenden Haushaltsgesetze richtig und dauerhaft nötig. Man kann dies angesichts der aktuellen Debatte nicht dick genug unterstreichen.

Im Gegensatz zu diesen grundlegenden Veränderungen in der Finanzpolitik und zu diesen Leitlinien - ich wollte mir das eigentlich verkneifen, aber nach der Vorstellung von Herrn Diegel eben muß ich auf die CDU eingehen - habe ich in Ihren Ausführungen, Herr Diegel - übrigens nicht zum ersten Mal - keinerlei Grundlinien, keinerlei konzeptionelle Vorstellung einer soliden Finanzpolitik für das Land Nordrhein-Westfalen erkennen können. Statt dessen - wie so oft - dauerhaft Gemekker, Gezeter, Genöle.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben offensichtlich ein grundfalsches Selbstverständnis von Opposition. Wenn Sie tatsächlich den Anspruch haben sollten, für den Mai nächsten Jahres eine Regierung im Wartestand zu sein, dann erwarten wir von Ihnen, daß Sie konkrete Vorstellungen und konkrete Konzepte vorlegen. Da reicht es nicht, ab und an zu sagen: Wir müssen ein bißchen WestLB und die eine oder andere Immobilie verkaufen. Da reicht es nicht, daß Sie Unwahrheiten auftischen, daß Sie rechtliche Grundlagen nicht richtig kennen und daß Sie von Verschiebungen sprechen, wo doch der Länderfinanzausgleich Grundlage der entsprechenden Zahlungen an die Länder ist. Was ist die Wahrheit? Die Wahrheit ist: Sie haben keine Alternative, Sie haben keine Konzepte, Sie beschränken sich auf Herumstochern. Keine Antworten auf drängende aktuelle Tagesfragen, geschweige denn Antworten auf wichtige Zukunftsfragen der Finanzpolitik! (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ist für Sie nachhaltige Finanzpolitik? Was ist für Sie Generationengerechtigkeit? Hier und jetzt haben Sie die Gelegenheit zu sagen, wo Sie sparen wollen, wo Sie die Einnahmeseite verbessern wollen, wie Sie die Struktur des Haushalts verändern wollen. Ich habe den Eindruck, meine Damen und Herren von der CDU, bei allen Erfolgen,

(Johannes Remmel [GRÜNE])

- (A) die Sie in letzter Zeit erzielt haben, Sie haben ein großes Potemkinsches Dorf aufgebaut. Wenn man dann hinter die Kulissen schaut und hineinfaßt, ist nichts, aber auch nichts vorhanden - nur weiche Watte und Wolken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land wollen wissen, wer sie im Mai 2000 regieren will. Sie wollen wissen, was Sie verändern wollen. Hier und heute im Plenum und in Zukunft, in den nächsten acht Monaten, werden Sie haarklein erklären müssen, was Sie verändern wollen. Sie werden erklären müssen und Konzepte auf den Tisch legen müssen, wie Sie mehr Lehrerstellen finanzieren wollen und eine Unterrichtsgarantie konzeptionell und finanziell absichern wollen. Sie müssen erklären, woher Sie das Geld für eine Bildungsoffensive nehmen wollen. So billig wie in den letzten Jahren kommen Sie nicht mehr davon. Sie müssen haarklein Haushaltsstelle für Haushaltsstelle darlegen, was und wie Sie verändern wollen.

- (B) Eine Aufforderung an die sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen: Ein bißchen mehr Kampfesmut, meine Damen und Herren, täte uns allen nicht schlecht. Wachen Sie endlich auf! Lassen Sie uns gemeinsam der CDU auf den Zahn fühlen. Herr Diegel hat heute morgen gezeigt, daß es dazu genug Gelegenheiten gibt.

Die Koalitionsfraktionen haben mit dem Nachtragshaushalt ihre Hausaufgaben gemacht. Zentrales politisches Anliegen des Nachtragshaushalts ist die kurzfristige Behebung der Defizite bei der Unterrichtsversorgung in Nordrhein-Westfalen. Die Initiative hat drei Teile. Wir unterstützen sie alle nachdrücklich: erstens die Aufstockung des bewährten Programms "Geld statt Stellen", zweitens die Errichtung von Vertretungspools gerade bei den Grundschulen - hier wird aufgrund der demographischen Entwicklung in den nächsten Jahren noch eine verstärkte Anstrengung nötig sein - sowie drittens die Neuausweisung von 496 Lehrerstellen als Vorgriff auf die Einstellungsverfahren zum 1. Februar 2000.

Kurzfristig bedeutet dies eine Bereitstellung von insgesamt 3000 zusätzlichen Stellen. Dies ist eine nicht zu unterschätzende Kraftanstrengung der Koalitionsregierung, der rot-grünen Regierung

in NRW angesichts der schwierigen Haushaltslage. (C)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Jedoch - das sage ich ausdrücklich - dürfen wir dabei nicht stehen bleiben. Die Diskussion kann sich nicht nur auf Stellen beschränken. Wir brauchen eine flexiblere Schulverwaltung. Wir brauchen Autonomie für die Schulen. Wir brauchen eine Qualitätsoffensive. Wir brauchen neue Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen, die frischen Wind bringen. Und wir brauchen einen Umbau der Schulaufsicht und der Verwaltungsvorschriften. Wir meinen, daß man nicht bei der Forderung nach mehr Lehrerstellen stehen bleiben kann. Damit werden die grundlegenden strukturellen Probleme nicht gelöst. Wir müssen auch über die anderen Fragen nachdenken.

Mit dem Nachtragshaushalt bleiben wir nicht bei der Aufstockung von Lehrerstellen stehen, sondern wir kümmern uns um Kinder und Jugendliche. Mit den 55 Millionen DM im GFG und der Öffnung bei den Kindertagesstätten sorgen wir dafür, daß gerade im Bereich der Sanierung von Gebäuden ein entsprechender struktureller Hintergrund geschaffen wird. Wir stärken damit die Strukturen für Kinder und Jugendliche und schaffen gleichzeitig Arbeitsplätze. (D)

Eine ähnliche Kraftanstrengung unternehmen wir bei der Sanierung von Infrastruktur. Zusätzliche Sanierungsaufwendungen für die kaputten Straßen in unserem Land sollten unserer Meinung nach bei zukünftigen Betrachtungen im Zentrum der Überlegungen über Infrastrukturinvestitionen stehen. Es ist ökonomisch und verkehrspolitisch völliger Unsinn, bestehende Infrastruktur verfallen und verrotten zu lassen, gleichzeitig aber neue bauen zu wollen, die wiederum unterhalten und saniert werden muß. Angesichts der immensen Belastungen, die in den nächsten Jahren in diesem Bereich auf uns zukommen werden, muß hier ein Schwerpunkt der finanziellen Anstrengungen gelegt werden.

Ich komme zu einem weiteren Punkt, der eben auch angesprochen worden ist. Im Frühjahr hat es einen Dioxin-Futtermittelskandal gegeben, der die Öffentlichkeit zu Recht bewegt hat. Es ist deutlich geworden, daß eine immer industrialisiertere Landwirtschaft mit erheblichen Folgewirkun-

(Johannes Remmel [GRÜNE])

- (A) gen und Gesundheitsgefährdungen für die Verbraucherinnen und Verbraucher einhergeht. Aus den Augen, aus dem Sinn? - Das gilt nicht für die rot-grüne Koalition in NRW und insbesondere für uns GRÜNE, die wir dem Verbraucherschutz eine sehr hohe Priorität zumessen. Nur ein nachdrücklicher und öffentlich glaubwürdiger Verbraucherschutz sichert den Standort Nordrhein-Westfalen und die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um diese Anstrengungen auch mit finanziellen Mitteln auszustatten, haben wir gemeinsam 1 Million DM in den Nachtrag eingestellt.

Summa Summarum haben die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen ihre Hausaufgaben gemacht. Die Opposition konnte weder im Rahmen der Parlamentsberatung noch hier und heute Alternativen vorlegen und eigenständige Vorstellungen deutlich machen. Insofern sind unsere Vorstellungen konkurrenz- und alternativlos. - Ich darf Sie um Ihre Zustimmung bitten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Für die Landesregierung hat nun Minister Schleußer das Wort.

Heinz Schleußer, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Den Kollegen Diegel sehe ich im Moment nicht. Es wäre gut, wenn er zuhören würde, aber der Fraktionsvorsitzende, der Kollege Meyer, wird alles sehr genau an ihn weitergeben. Er wird vor allen Dingen weitergeben, daß die CDU - Herr Kollege Diegel, Sie erinnern sich sicherlich - Jahr für Jahr meist schon im Februar gefordert hat, es möge doch ein Nachtrag eingebracht werden, damit der Finanzminister nicht mit über- und außerplanmäßigen Methoden arbeitet. Monat für Monat wurde gefragt: Wann kommt der Nachtrag?

Nun ist ein Nachtrag aufgestellt worden, weil ein wichtiger Anlaß besteht. Dann sagt der gleiche CDU-Politiker: Da ist etwas vergessen worden; beim Aufstellen ist gemogelt worden. Ich versuche, das in Einklang zu bringen, ich schaffe es aber nicht.

Was mich allerdings am meisten beeindruckt, ist das Nichtwissen über finanztechnische Vorgänge.

Da gibt es eine Steuerschätzung. Die sagt den Ländern 5,4 Milliarden DM mehr für das Jahr 2000 zu und schreibt dabei, daß davon 3 Milliarden DM Bundesergänzungszuweisungen für die Länder Saarland und Bremen sind - keine Steuern mehr, sondern Bundesergänzungszuweisungen! Daraus machen Sie eine geheime Methode, nach der der Finanzminister 300 Millionen DM abgegeben habe. Es sind Bundesergänzungszuweisungen, Herr Diegel!

Ich bitte, wirklich ein bißchen sachkundiger mit den Punkten umzugehen. Dann kommen wir vielleicht besser miteinander zurecht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dann behaupten Sie unsinnige Ausgaben. Mir wäre bei den vielen Diskussionen im Haushalts- und Finanzausschuß geholfen gewesen, wenn Sie darauf aufmerksam gemacht hätten, wenn Sie gesagt hätten, was geändert werden soll. Diese Anträge habe ich nicht gesehen. Sie sind nicht gestellt worden. Das heißt, im Fachausschuß ist nichts passiert, und im Haushalts- und Finanzausschuß ist auch nichts passiert. Alle diese Dinge werden der plenaren Debatte vorbehalten, weil man da Unkenntnis ausnutzen kann. Das ist doch das Entscheidende. Nur ist es falsch.

Zur Leistungsprämie. Es ist bereits durch den Kollegen Walsken gesagt worden, daß es eine gemeinsame Sache zwischen der alten Bundesregierung und den Ländern ist. Es sollten leistungsbezogene Gehaltsbestandteile eingeführt werden. Darüber bestand ein breites Einvernehmen. Wir haben das im letzten Jahr nicht realisieren können, aber in diesem Jahr eingestellt. Es gibt in allen Ländern Lösungen; denn die Länder setzen nur um, was an bundesgesetzlichen Vorgaben da ist. Warum soll es diese Lösungen nicht in Nordrhein-Westfalen geben? Vernünftige Lösungen!

Ich hatte gesagt, daß ich nur wenige Anmerkungen zu dem zu machen habe, was von der CDU hier heute behauptet wird. Darum gebe ich der CDU noch einmal eine Chance, wirklich zu den Inhalten des Nachtragshaushalts etwas zu hören. Ich bin dankbar, daß meine Kollegin Behler das als zuständige Fachministerin machen wird, die detailliert weiß, wo Sie danebenliegen. - Schönen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(C)

(D)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Das Wort hat nun für die Landesregierung Frau Ministerin Behler.

Gabriele Behler, Ministerin für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung: Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Da war die Rede von Unkenntnis und von Doppelzüngigkeit. Gegen Unkenntnis kann Bildungspolitik etwas ausrichten, gegen Doppelzüngigkeit allerdings nicht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Deshalb will ich mich bemühen, bessere Kenntnisse zu vermitteln. Ich fange - wenn ich darf - mit einem Zitat an:

"Wir setzen Sie unter den Druck besserer Alternativen."

Das waren die Worte von Herrn Schäuble im Bundestag am 16. September 1999 aus Anlaß der ersten Lesung des Bundeshaushalts 2000.

Ich finde, ein solcher Satz könnte ein hervorragendes Leitmotiv für die Arbeit einer Opposition sein.

(B) (Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Der Opposition in Berlin ist es bisher nicht gelungen, diesem eigenen Anspruch auch tatsächlich zu genügen. Das mag daran liegen, daß sie noch ein bißchen Zeit braucht, um sich daran zu gewöhnen. Von der CDU-Opposition hier im Landtag dürfen wir allerdings etwas anderes erwarten, denn Zeit hatten Sie bisher eigentlich genug.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Mit Recht - so meine ich - dürften wir auch erwarten, daß die angeblich besseren Alternativen der Opposition gerade bei der Beratung des Nachtrags 1999 auch genannt würden.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Keine einzige!)

Hier geht es um Finanz- und Bildungspolitik zugleich, also um Politikfelder, auf denen wir von der CDU-Opposition seit Jahren besonders laute Töne hören.

Wie sieht es aber mit besseren Alternativen aus? Als der Nachtrag 1999 am 18. August im Ausschuß für Schule und Weiterbildung beraten wurde, warteten wir allesamt vergeblich. Schlimmer

noch! Die CDU-Fraktion im Ausschuß für Schule und Weiterbildung wollte sich überhaupt nicht äußern. (C)

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: So sind sie!)

Sie verweigerte sich der Abstimmung über den Nachtragshaushalt 99. Sie wollte weder ja noch nein sagen. Sie brachte es nicht einmal fertig, sich der Stimme zu enthalten. Sie nahm einfach an der Abstimmung nicht teil.

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: So will die CDU die Schule!)

Begründet haben Sie es so: Sie konnten sich angeblich in der Sache nicht entscheiden. Ich finde, das spricht für sich.

(Beifall bei der SPD)

Das sprach für sich und spricht für sich.

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Schlechtes Betragen! Fünf!)

Der Entwurf des Nachtragshaushalts der Landesregierung lag Ihnen schon seit Wochen vor. Ich selbst habe im Ausschuß den Nachtrag in allen Einzelheiten vorgestellt. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter standen Ihnen für Auskünfte im Detail zur Verfügung, wie sie das immer tun. Und dann konnten Sie sich zur Sache nicht entscheiden!?

In Wirklichkeit waren Sie wohl sprachlos. Sie waren wohl deshalb sprachlos, weil Sie eben nicht über die bessere Alternative verfügen. Wenn Sie ehrlich gewesen wären, hätten Sie diesem Paket zustimmen müssen, weil jedes der Elemente dieses Nachtragshaushaltes 1999 Erwartungen erfüllt, die im Schulbereich selbst unumstritten sind. (D)

Da gibt 430 neue Stellen, um die Schulleitungen an den Grundschulen und Hauptschulen, den Realschulen und den Sonderschulen zu entlasten. Was wäre auch dagegen zu sagen? - Bloß wollten Sie nicht zustimmen. Ich bin jedenfalls froh, daß diese Schulleitungsentlastung mit Wirkung ab dem 1. Februar 2000 endlich realisiert werden kann, und das trotz der schwierigen Situation des Landeshaushalts und trotz der Notwendigkeiten, komplizierte Finanzierungen auch tatsächlich zu eröffnen.

Ich begrüße sehr, daß das Kontingent der 934 Vorgriffstellen um 66 auf 1.000 Stellen aufge-

(Ministerin Gabriele Behler)

(A) stockt wird. Wir haben mit diesen Stellen, die eben nicht unmittelbarer Bestandteil der Bedarfsrechnung sind, schwierige Lagen bei der spezifischen Unterrichtsversorgung bewältigen können. Diese 66 Stellen wollen wir den Real- und den Sonderschulen zugute kommen lassen.

Mit dem Nachtragshaushalt wird der Ansatz "Geld statt Stellen" fast verdoppelt. Das geht dann weiter in den Entwurf für den Haushalt 2000 hinein. Je Schuljahr stehen nunmehr 200 Millionen DM für diese Zwecke zur Verfügung. Dieses Instrument ist zielgenau ausgelegt. Es bekämpft Unterrichtsausfall, den Sie doch sonst so wortreich beklagen. Auch zu diesen Punkten hätte ich gern die bessere Alternative der CDU kennengelernt. Ich habe sie auch hier weder gehört noch gesehen.

Ich habe dann bei all Ihrer Kritik überlegt, welche Alternativen Sie uns in der Vergangenheit so angeboten haben oder über was man in dem einen oder anderen Zeitungsartikel lesen konnte. Da haben Sie irgendwo als Alternative gesagt: Schulen bekämen dadurch mehr Lehrkräfte, daß man Beamte aus den Verwaltungen abzöge. Das ist eine Art Aktion Heldenklau: Verwaltungspersonal in der "Etappe", Schulaufsicht kommt dann an die "Schulfront". Ich will Ihnen dazu einmal sagen, worüber wir wirklich reden. Ich kenne das noch aus den Diskussionen Anfang des Jahres 1995, als Sie schon einmal mit derselben Idee kamen. Auch da haben Sie uns gesagt: Wir nehmen aus der Schulaufsicht Aufsichtspersonal, Personal der Verwaltung, und schicken dieses in die Schulen.

(B) Wir haben in Nordrhein-Westfalen 6.744 Schulen, über 160.000 Lehrerinnen und Lehrer. In der gesamten Schulverwaltung des Landes sind exakt 2.387 Personen tätig, und zwar vom Ministerium über die Schulabteilungen der Bezirksregierungen, die Schulämter, die Studienseminare bis zu den Prüfungsämtern. Wenn Sie in diesem Bereich also Pädagogen, Juristen, Verwaltungsbeamte, Sekretärinnen und Pförtner komplett abschafften, bekäme im Ergebnis jede dritte Schule eine Stelle mehr. Ob diese damit etwas anfangen könnten, ist eine andere Frage. Das ist ein völlig absurdes Szenario. Wie kommen Sie denn zu derart groben Fehleinschätzungen? Oder schlagen Sie wirklich vor, daß Verwaltungskräfte aus anderen Bereichen wie aus der Landwirtschaft, dem Katastrophenschutz, der Finanzverwaltung in die Schulen kommen sollten? Die innere Sicherheit fällt ja aus,

Herr Meyer, weil Sie dort die Verwaltungskräfte zur Polizei vor Ort schicken wollen.

(C)

Am 25. August lese ich, daß Herr Meyer jeder einzelnen Schule eine weitere Lehrkraft verspricht. Das ist hochinteressant. Das ist eine haushaltswirksame Maßnahme. Wie wollen Sie denn diese 6.744 Stellen schöpfen, die Sie versprochen haben - über eine Verringerung des Personals an den Universitätskliniken, über eine Reduzierung bei der Polizei, über eine Verringerung der Zahl der Richter und Staatsanwälte, über eine Kürzung der Investitionen? Wie soll das denn gehen? 6.744 Lehrerinnen und Lehrer bedeuten jährlich zusätzliche Kosten von 674,4 Millionen DM. Diese Summe wollen Sie dann im Haushalt umschichten? Oder wollen Sie die Verschuldung erhöhen? Nach dem, was ich ansonsten aus Ihrem Munde höre, kann das auch nicht die Alternative sein, die Sie immer so lebhaft beschwören.

Sie haben das alles als Schwerpunkt benannt. Das war am 25. August, als ich das lesen konnte. Dann kommt Herr Rüttgers am 2. September und sagt in einer anderen Zeitung in einem Interview, er würde keine finanziellen Versprechen bis zur Landtagswahl abgeben. Wie paßt das zusammen? Vielleicht sollten Sie sich einmal abstimmen, damit nicht nur für uns, sondern auch in Ihren eigenen Reihen tatsächlich die Alternative erkennbar wird.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Im Nachtrag wird jedenfalls deutlich, wie man den objektiv schwierigen Zielkonflikt zwischen dem, was bildungspolitisch geboten ist einerseits, und dem, was andererseits finanzpolitisch verantwortbar ist, konstruktiv löst. Gestaltende Politik bedeutet eben, beide Komponenten zu einem vernünftigen Ausgleich zu bringen.

Herr Diegel, Jahr für Jahr beklagen Sie bei der Eröffnung der Haushaltsdebatte mit ganz pathetischen Worten die Größe des Personalhaushalts im Lande Nordrhein-Westfalen. Jahr für Jahr fordern Sie einen noch schnelleren Abbau von Personalstellen. Jahr für Jahr erklären Sie Personal im Landesdienst als im Prinzip von Übel. Auf die wundersame Schöpfung von Lehrerkapazität aus dem Nichts à la Meyer gehen Sie aber nicht ein. Auch das verträgt sich nicht miteinander.

Sie haben eben weder ein bildungspolitisches noch ein finanzpolitisches Konzept. Das merkt man bei diesen Diskussionen ganz deutlich. Sie

(Ministerin Gabriele Behler)

(A) zeichnen dabei ein Bild von Schulen, das die Schulen abwertet, das die Leistungen der Kinder und Jugendlichen und der Lehrkräfte in den Schulen beständig mißachtet. Wer vor zehn Tagen in diesem Landtag das GÖS-Forum mit seiner bunten Vielfalt von Aktivitäten und seinen engagierten Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern erlebt hat, der muß sich über die CDU-Opposition ärgern, die nicht einmal vertreten war. Das permanente Schlechtreten unserer Schulen verschlechtert tatsächlich den Lernerfolg. Das zeigen uns alle Untersuchungen, die vorliegen. Das wissen Sie auch ganz genau, bloß ist Ihnen das egal.

(Unruhe bei der CDU)

In Wirklichkeit geht es Ihnen überhaupt nicht um diesen Punkt. Sie hätten bei der Diskussion am letzten Montag und bei dem, was die Schulen hier im Landtag gezeigt haben, einen anderen Eindruck gewinnen können. Das hätte Ihnen gutgetan.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(B) Manchmal entlarvt sich die eigene Polemik. Da behauptete Herr Rüttgers, bei seinem Sohn falle nun regelmäßig Unterricht aus. Das wurde anschließend durch die Tatsachen widerlegt. Dann beklagte Herr Reul die politische Instrumentalisierung von Kindern aus Politikerfamilien. Ja, was ist das denn anderes als Heuchelei?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wer instrumentalisiert denn da Kinder?

Zur Sache wurde es dann plötzlich in diesem konkreten Fall ganz still. Die Blamage wollten Sie dann gerne an den nächsten Stellen um so kräftiger übertönen. Aber auch das wird bemerkt und registriert.

In jeder Schule, wo immer sie sich auf dieser Welt befindet, gibt es auch Unterrichtsausfall. Das ist nicht zu bestreiten und auch niemals komplett zu verhindern. In den Ländern, in denen die CDU regiert, begreift sie das auch. Nicht umsonst hat sich der baden-württembergische Ministerpräsident Teufel mit einer eigenen Presseerklärung dazu zu Wort gemeldet und ausdrücklich formuliert, daß Unterrichtsausfall nicht komplett vermeidbar ist. Alles andere zu behaupten wäre auch Unsinn. Er hat sich ausdrücklich von falschen Erwartungen distanziert. Es ist das typische Gere-

de einer Oppositionspartei, das Sie uns an dieser Stelle bieten. (C)

(Beifall bei der SPD)

Auch der Herr Koch in Hessen backt schon kleine Brötchen, was seine großspurigen Versprechungen von vor der Wahl angeht. Wenn Sie jetzt hier in Nordrhein-Westfalen etwas anderes behaupten, dann ist das nichts anderes als die Vorbereitung einer Wahlkampfplüge. Ich sage Ihnen: Die Menschen im Land glauben Ihnen das überhaupt nicht!

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU - Unruhe - Glocke)

Unsere Alternative - die wird praktisch erlebbar - ist ein Stellenpool im Umfang von 600 Stellen für die Grundschulen, um gezielt auch den kurzfristigen Unterrichtsausfall in den Griff zu bekommen. Auf diese Weise bekommen dann auch noch 800 junge Lehrerinnen und Lehrer eine zusätzliche Beschäftigung in den Grundschulen unseres Landes.

An der Stelle zeigt sich im übrigen auch, wie man innovativ arbeitsmarktpolitisch vorgehen kann, nämlich dadurch, daß wir Dreiviertelstellen vergeben. Über die Einstellungsteilzeit, die Sie auch kritisiert haben, schaffen wir aber ein Drittel zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Leute mit einer guten Ausbildung bei uns im Land. Wir gehen hier neue Wege. (D)

Die Lehrkräfte des Stellenpools werden organisatorisch den Schulämtern zugeordnet. Ortsnähe und Flexibilität zugleich - das ist unser Prinzip. Der Stellenpool wird außerordentlich positiv kommentiert, gerade auch im Grundschulbereich. Die Schulverwaltung hat alle Vorbereitungen getroffen, um ihn nach den Herbstferien anlaufen zu lassen, sobald der Landtag durch die Verabschiedung des Nachtragshaushalts den Startschuß gegeben hat.

Dann haben Sie es durch Ihre Stimmabgabe zu verantworten, ob dieser Vertretungspool für Grundschulen etwa vom gesamten Landtag unterstützt und eingeführt wird oder ob Sie sich diesen Möglichkeiten der Verbesserung der unterrichtlichen Versorgung verweigern, wie Sie das bisher demonstriert haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(Ministerin Gabriele Behler)

- (A) Ich bin sehr froh darüber, daß wir noch über einen Nachtrag diese Verbesserungen im Schulsystem erreichen. Ich bin auch dankbar, daß wir diese Maßnahmen im Jahre 2000 fortsetzen werden und daß das seinen Niederschlag im Entwurf des Haushaltsplans 2000 gefunden hat.

Wir haben überschlägig berechnet, wieviel etwa das Vertretungsprogramm in Mark und Pfennig an Erleichterungen für Unterricht bringt, und zwar ausgerechnet in der Einheit Unterrichtsstunden. Nach unserer Stichprobe fallen bisher wegen Krankheit rund 40.000 Wochenstunden von 3,24 Millionen Unterrichtsstunden, die in der Woche erteilt werden, aus. Unser Programm stellt nach Verabschiedung des Nachtragshaushaltes zusätzliche Mittel für mehr als 40.000 Unterrichtsstunden in der Woche zur Verfügung.

Ich fordere Sie ausdrücklich auf, meine Damen und Herren von der CDU, diesem Nachtragshaushalt zuzustimmen. Es täte auch jenseits aller parteipolitischen Auseinandersetzungen, die notwendig sind und die auch im Kräfteressen untereinander sein müssen, unter dem Stichwort der Glaubwürdigkeit von Politik allen Beteiligten gut zu unterstreichen, wo die gemeinsamen Prioritäten liegen.

- (B) Mit dem Initiativprogramm "Schule 2000" insgesamt haben wir zusammenfassend für die Jahre 1999 und 2000 zusätzlich 330 Millionen DM zur Verfügung; das ist eine ungeheure Kraftanstrengung. Das kommt vor Ort an, und es unterstützt die Schulen in ihrer täglichen Arbeit. Das beweist Priorität für Bildung. Wir haben nämlich in Nordrhein-Westfalen schon von 1995 bis 1998 steigende Bildungsausgaben gehabt, und zwar Jahr für Jahr.

Die Steigerung machte insgesamt 3 Milliarden DM im Landshaushalt Nordrhein-Westfalen für Bildung aus. In demselben Zeitraum sanken die Bildungsausgaben des damaligen Bildungsministers Rüttgers im Bundeshaushalt um 1,5 Milliarden DM.

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: So sind sie!)

Das sind die Realitäten, über die wir hier reden. Das sind die Prioritäten, die gesetzt werden und die nachprüfbar und nachvollziehbar sind. Daran kann man sehen: Sie reden, aber wir handeln!

(Beifall bei der SPD)

- (C) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Für die SPD-Fraktion hat nun Kollege Degen das Wort.

Manfred Degen (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Daß sich die CDU-Fraktion einer Debatte über das Kernstück des Nachtragshaushalts, nämlich den Einzelplan 05, verweigert, muß auf großes Unverständnis stoßen, handelt es sich hierbei doch um zusätzliche konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls. Angeblich ist die Bekämpfung des Unterrichtsausfalls, ja des katastrophalen Unterrichtsausfalls nach Ansicht und nach Beschreibung der CDU ein Herzensanliegen der Bildungspolitik der Opposition.

Bei der Beratung am 18. August im Ausschuß für Schule und Weiterbildung hat sich die CDU an der Abstimmung nicht beteiligt. Das ist vorhin schon gesagt worden, aber ich werde auch einige Wiederholungen bringen müssen. Es gibt nämlich ein pädagogisches Prinzip, das man besonders bei Lernschwachen anwendet, und das ist das Prinzip der Verstärkung durch Wiederholung.

(Beifall bei der SPD)

- (D) Der Grund der CDU, sich an dieser Abstimmung nicht zu beteiligen, lautete, daß sie nicht ausreichend Zeit gehabt habe, Beratungen über den Nachtragshaushalt zu führen.

Nun wird es selbst der CDU nicht verborgen geblieben sein, daß der Nachtragshaushalt seinen Ursprung, seine Veranlassung im Initiativprogramm "Schule NRW 1999/2000" findet, das die SPD am 11. Mai, also drei Monate vor diesem Termin, verabschiedet und veröffentlicht hat.

Daß die CDU dieses Initiativprogramm nicht beraten hat, will ich wohl glauben. Das hat sie aber nicht davon abgehalten, es getreu dem Motto "Sachkenntnis behindert nur die Entscheidungsfindung" zu kommentieren.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch mit einer Mär aufräumen, die von der CDU verbreitet wird. Sie sagt nämlich, dieses Initiativprogramm und damit auch der Nachtragshaushalt seien eine Reaktion auf alte Forderungen der CDU. Wenn Sie das glauben, müßten Sie ja dem Nachtrag mit großer Freude zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

(Manfred Degen [SPD])

(A) Die Ursprünge des Programms und damit auch die Ursprünge des Nachtragshaushalts liegen zum Teil über ein Jahr zurück. Der Arbeitskreis der SPD-Fraktion und die SPD-Fraktion selbst haben sich in mehreren Klausurtagungen mit Initiativen im Bildungsbereich beschäftigt. Ein Zwischenschritt war das Programm "Zukunft für die Jugend - Bildung und Ausbildung".

Die SPD-Landtagsfraktion hat das Initiativprogramm beschlossen, um den Unterrichtsausfall wirkungsvoll zu bekämpfen, die Unterrichtsversorgung zu sichern und die Unterrichtsbedingungen an den Schulen zu verbessern. Damit stocken wir den Bildungsetat für 1999 und 2000 um insgesamt 330 Millionen DM auf. Damit verschiedene Maßnahmen möglichst schnell wirksam werden können, haben wir als wichtigste Punkte für einen Nachtragshaushalt eine Aufstockung des Programms "Geld statt Stellen" um 44 Millionen DM und die Einrichtung eines Vertretungspools für Grundschulen genannt. Es waren also keine Dinge im Nachtragshaushalt für den Einzelplan 05, die Sie nicht längst hätten kennen müssen.

(B) All das ist der CDU seit Mitte Mai bekannt. Die Verweigerung der CDU an der Bekämpfung des Unterrichtsausfalls kann also nicht mit Unkenntnis entschuldigt werden. Außerdem hat die Ministerin noch einmal am 18. August im Schulausschuß den Nachtragshaushalt zum Einzelplan 05 eingehend erläutert. Sie hat ihn einfach dargestellt, mit Schaubildern, kindgemäß - also mit einer Methode, die auch bei der CDU auf fruchtbaren Boden hätte fallen können.

(Heiterkeit bei der SPD)

Der CDU geht es aber nicht um die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Schule, ihr geht es nicht um die Bekämpfung des Unterrichtsausfalls. Spätestens seit der Sammelaktion der Kleinen Anfragen wissen wir, daß es der CDU um die Dokumentation des Unterrichtsausfalls geht, und zwar in der Hoffnung, Versatzstücke für ihr Horroremalé von der Schule in Nordrhein-Westfalen geliefert zu bekommen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Bei ähnlichen Gelegenheiten zitiert die CDU gerne Auszüge aus Pressemeldungen oder aus Schriften der Lehrerverbände, wenn es ins eigene Konzept paßt. Bei dem Nachtragshaushalt und bei den Initiativprogrammen sehen wir hier allerdings eine

Fehlanzeige. Es paßt nun gar nicht in Ihr Konzept, wenn zum Beispiel der nordrhein-westfälische Lehrerverband - dies ist eine Vereinigung des Realschullehrerverbandes und des Philologenverbandes - in der Ausgabe 6/99 von "Bildung Aktuell" unter der Zwischenüberschrift "Programm mit hohem Anspruch" feststellt - ich zitiere -:

"Ein positives Zeichen für unser Bildungssystem wäre z. B. ein Haushaltsbeschluß für das Jahr 2000, der Bildung und Ausbildung in Nordrhein-Westfalen eindeutigen Vorrang einräumt. Die SPD-Landtagsfraktion hat mit dem Initiativprogramm "Schule Nordrhein-Westfalen 1999/2000" für den Haushalt 2000 ein Maßnahmenpaket geschnürt, das diesem Anspruch gerecht werden will."

Dies ist sehr vorsichtig formuliert. - An anderer Stelle heißt es:

"Abschließend bleibt festzustellen, daß das geplante Maßnahmenpaket durchaus geeignet ist, die schwierige Situation der Schulen an einigen Stellen etwas zu entspannen."

(Lachen des Laurenz Meyer [CDU])

- Ja, Herr Meyer. - Nun merkt man diesen Formulierungen durchaus an, wie schwer es dem Autor gefallen sein muß - Ihnen fällt es ja besonders schwer -, sich diese doch anerkennenden Zeilen abzurufen. Schließlich gehören die beiden eben zitierten Lehrerverbände nicht unbedingt zu den eifrigsten Verfechtern sozialdemokratischer Bildungspolitik in unserem Lande.

(Heinz Paus [CDU]: Kann man auch verstehen!)

Um so gewichtiger sind, so glaube ich, die Aussagen, die hier getätigt worden sind.

Aber die Verweigerungshaltung der CDU beim Nachtragshaushalt ist nur konsequent, hofft sie doch, Nordrhein-Westfalen nach hessischem Vorbild in eine schwarze Zukunft zu führen.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

Seien Sie aber vorsichtig mit dem Begriff "Unterrichtsgarantie". In Hessen zeigt die CDU, wie weit Versprechen und späteres Handeln voneinander entfernt sein können.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie sind nämlich so weit voneinander entfernt wie die Ankündigung von Herrn Rüttgers und das

(C)

(D)

(Manfred Degen [SPD])

(A) Handeln seiner CDU im Landtag. Herr Walsken hat es schon erwähnt: Im Nachtragshaushalt sind 55 Millionen DM zur - jetzt muß ich zitieren, denn das ist eine etwas schwierige Formulierung - "Bewältigung vordringlicher Probleme in Kindern und Jugendlichen zugute kommenden kommunalen Einrichtungen" bestimmt. Kurz gesagt: Darunter fallen auch Schulbausanierungen.

Während nun Ihr Rüttgers verkündet, der Einstellungswelle von Lehrern werde jetzt in den schwarz gewordenen Kommunen eine Schulbausanierungswelle vorausgehen, beantragt hier Rüttgers Club im Landtag, gerade diese Zweckbindung für die 55 Millionen DM zu streichen.

(Reinhold Trinius [SPD]: So ist es!)

Wie Sie das Ihren Leuten vor Ort erklären wollen, wird Ihre Aufgabe bleiben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es ist ein entlarvendes Beispiel für die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit bei der CDU.

Wir in Nordrhein-Westfalen - das heißt die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - halten mit unserem Initiativprogramm und mit dem Nachtragshaushalt mehr, als die CDU in Hessen versprochen hat.

(B)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn die CDU in Nordrhein-Westfalen nur einigermaßen glaubhaft sein will,

(Brigitte Speth [SPD]: Wie sollte sie das?)

dann muß sie dem Nachtragshaushalt zustimmen. Aber es wird wohl nicht geschehen, hat doch Herr Diegel gerade zu Beginn seiner Ausführungen bei seinem etwas mißglückten Ausflug in die Bildungspolitik gesagt, die Investitionen im Bildungsbereich und der Nachtragshaushalt seien unsinnig.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die CDU-Fraktion hat nun Kollege Meyer das Wort.

Laurenz Meyer (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muß ehrlich sagen und sage das sehr unumwunden, Herr Dammey-

er: Mein Bedarf an Wahlkampfreden und -getümmel war eigentlich für diese Woche gedeckt. (C)

(Sehr gut! und Beifall bei der CDU)

Ich bin sogar davon überzeugt, daß die allermeisten Bürger draußen auch sagen: Eigentlich sollten die sich erst einmal für ein, zwei Wochen ein bißchen vertragen.

(Zuruf von der SPD)

Aber, meine Damen und Herren, das ist wie weggefliegen. Das kann man durch solche Beiträge erreichen. Bei mir ist es wie weggefliegen. Und was ich hier von Ihnen gehört habe, freut mich allen Ernstes. Ich freue mich darüber, daß Sie diese Arroganz, für die sie abgestraft worden sind, auch in Zukunft nicht ablegen werden,

(Beifall bei der CDU)

Denn das ist die beste Voraussetzung für uns, daß wir auch im Land die Zustände ändern.

Ich lese, daß Herr Müntefering sagt: Jetzt gehört das Land uns nicht mehr ganz allein.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Zum Nachtragshaushalt!)

Was ist das für eine Vorstellung!

(Beifall bei der CDU) (D)

Das Land gehört überhaupt niemandem. Es gehört den Bürgern.

(Beifall bei der CDU - Minister Heinz Schleußer: Zum Nachtragshaushalt! - Weitere Zurufe - Glocke)

Diese Arroganz kam eben von Frau Behler herüber.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Ich fasse einmal zusammen, was die Kolleginnen und Kollegen von SPD und GRÜNEN heute vorgetragen haben: Wir sind auf einem guten Weg - in der Wirtschaftspolitik, bei den Arbeitsplätzen. - Fragen Sie doch mal draußen! - In der Schule sind wir auf einem guten Weg. Bei der Bekämpfung des Unterrichtsausfall sind auf einem guten Weg. Bei der Familienpolitik und in der inneren Sicherheit sind wir auf einem guten Weg.

Für mich fasse ich das, was Sie hier vorgetragen, so zusammen: Die SPD ist auf einem guten Weg, und die GRÜNEN sind auf einem guten Weg. -

(Laurenz Meyer [CDU])

- (A) Und dem stimme ich wieder zu, nämlich auf einem guten Weg nach unten in der Zustimmung der Wähler, genau dorthin, wo sie hingehören!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Sie haben sich von hier aus mit Anzeigen und Großplakaten in den Wahlkampf in den Städten gestellt

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Zum Nachtragshaushalt! - Gegenrufe von der CDU)

und müssen sich deshalb mit den Niederlagen, die Sie vor Ort eingefahren haben,

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das ist Wahlkampf!)

voll identifizieren. Sie haben von den Bürgern mit einem auf den Deckel bekommen, und zwar für die Haltung, die Sie heute, drei Tage nach Wahl, wieder an den Tag gelegt haben.

(Beifall bei der CDU)

Weil das Geld dann knapp wurde, hat selbst die SPD-Landtagsfraktion in Dortmund noch Anzeigen für Veranstaltungen geschaltet. Das muß man sich einmal vorstellen! Selbst die SPD-Landtagsfraktion hat Anzeigen geschaltet, um Publikum einzuladen.

(B)

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Eine! Und das hat doch geklappt!)

- "Geklappt"? Soll ich Ihnen mal was sagen: Wenn wir bei der nächsten Wahl selbst in Dortmund 5 oder 7 % weniger bekämen, sind Sie hier weg.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Und bei der Wahlbeteiligung fand ich das Ergebnis für die CDU in Dortmund ein Wahnsinnsergebnis. Ich habe mich schrecklich darüber gefreut.

(Beifall bei der CDU)

Nun komme ich zu Frau Behler. - Frau Behler bekommt in der Öffentlichkeit von allen, von den Eltern, von den Verbänden, von der Wissenschaft und von der Opposition, pausenlos einen auf den Deckel und es auch bewiesen, daß das, was sie

in den letzten Jahren veranstaltet hat, ein Riesenscheißerfolg gewesen ist.

(Beifall bei der CDU)

Etwa die Gesamtschule mit den Benotungen! Ich will das jetzt gar nicht im einzelnen aufführen - Sie wissen ja alle, wovon ich rede -, welche Ergebnisse jetzt wieder in diesem Gutachten veröffentlicht worden ist, und zwar nach der Kommunalwahl in Absprache mit Frau Behler, lese ich heute in der Zeitung. Und weil man ihr nicht zu nahe treten wollte,

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

durfte sie vorher auch noch eine Stellungnahme abgeben.

Unterrichtsausfall gibt es gar nicht?! - Warum, Frau Behler, verhindern Sie denn, daß wir von den Schulleitern erfahren dürfen und von Ihnen zu hören bekommen, wieviel Unterricht ausfällt?

(Beifall bei der CDU)

Weil Sie sich - Frau Behler, ich verstehe ihr Grinsen beim besten Willen nicht - schämen müssen, daß Sie so mit der Zukunft unserer Kinder in Nordrhein-Westfalen umgehen. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der CDU)

Und Sie verschweigen bei all dem auch noch, daß es nicht nur ---

(Edgar Moron [SPD]: Das hat mit sachlicher Auseinandersetzung nichts zu tun! Das ist reine Polemik, das ist Wahlkampf pur, den Sie betreiben! Zum Haushalt sagen Sie nichts! Das ist nur Wahlkampf! - Weitere Zurufe von der SPD - Gegenrufe von der CDU - Glocke)

- Er hat es immer noch nicht kapiert.

Nun kommen wir zum Unterrichtsausfall. Natürlich gibt es neben dem strukturellen Unterrichtsausfall, den es ja gibt - das ist ja keine Erfindung der Opposition ---

(Ernst-Martin Walsken [SPD]: Doch!)

- Sagen Sie mal: Lesen Sie alle denn die Gegenüberstellung nicht, daß in Sachsen mit weniger

(C)

(D)

(Laurenz Meyer [CDU])

(A) Geld nur halb soviel Unterricht ausfällt? Lesen Sie das nicht in den Magazinen, in der Fachpresse?

(Ministerin Gabriele Behler: Reden Sie mal sachkundig!)

Und Sie haben die Stundentafel in den letzten Jahren gesenkt, um auf diese Weise das Bild zu fälschen.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch der Ministerin Gabriele Behler)

- Frau Behler, hören Sie doch mal einen Moment zu! Ich habe auch ganz friedlich da gesessen, als Sie vorhin geredet haben.

(Zurufe von der SPD)

Frau Behler, über strukturellen Unterrichtsausfall und über krankheitsbedingte Unterrichtsausfall sollten wir uns zwar gemeinsam Gedanken machen, wie man zum Wohle der Kinder die Dinge in Grenzen halten kann. Das wird man nie auf Null fahren können.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Wenn man aber, Frau Behler, die Stundentafel bewußt senkt und den Kindern weniger Unterricht zugesteht, dann will man Finanzpolitik auf Kosten der Zukunft unserer Kinder machen.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Und Herr Schleißer, der da so friedlich neben ihr sitzt, hat großartig vor breitem Publikum in Pressekonzferenzen die Lehrer beschimpft und sich dann ganz kleinlaut in der Zeitung des VBE auf der letzten Seite dafür entschuldigt.

(Minister Heinz Schleißer: Nein, überhaupt nicht!)

Ganz kleinlaut hat er dann anschließend den Lehrerverbänden in einem Brief geschrieben, das täte ihm leid. Jetzt sagen Sie nur nicht, das stimmt nicht, dann bringe ich gleich im Rahmen dieser Debatte die entsprechende Seite hier ins Plenum.

(Minister Heinz Schleißer: Das machen Sie ruhig!)

Auf der Rückseite der Lehrerzeitschrift - Frau Behler kann es Ihnen wahrscheinlich besser sagen, sie liest sicherlich diese Zeitung; ich lese sie auch interessehalber -

(Ministerin Gabriele Behler: Ach!)

ist der Brief der Lehrerverbände an Sie und Ihr Entschuldigungsbrief an die Lehrerverbände im Wortlaut abgedruckt. Herr Schleißer, man sollte nicht erst die Lehrer sozusagen als Faulpelze beschimpfen und sich anschließend kleinlaut entschuldigen. Vor der Öffentlichkeit so etwas publikumswirksam zu machen ist ja toll. Dann hat man Sündenböcke für das, was man bei unseren Kindern anrichtet: die Lehrer.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Sich anschließend auf dem kleinen Dienstweg zu entschuldigen, das nenne ich wirklich Heldentum.

Betrachten Sie jetzt einmal die Vorgriffsregelungen. Da wird doch wirklich allen Ernstes verkündet: Es gibt 1.000 zusätzliche Stellen. -Es gab aber schon 934; die haben Sie um 66 erhöht. Und nur weil Sie vorgehabt haben, das Desaster noch zu verschlimmern - das machen Sie jetzt nicht mehr -, weil sie die 934 auch streichen und auslaufen lassen wollten, reden Sie jetzt von 1.000 neuen Stellen. Das Ganze erfolgt natürlich publikumswirksam, um die Bürger so ein bißchen über die Situation hinwegzutäuschen. Zum 1. Februar 2000 sollen die Maßnahmen durchgeführt werden. Was ist hier passiert: Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen und speziell Frau Behler als zuständige Ministerin versündigen sich an der Zukunft unserer Kindern.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Deswegen, Frau Behler und Herr Schleißer: Auch wenn wir Kopfstände machen müssen, um die finanziellen Dinge im Haushalt glattzuziehen, werden wir nach Mai 2000 dafür sorgen, daß die Kinder in Nordrhein-Westfalen genauso gute Chancen für ihr Leben haben wie die Kinder in anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CDU - Johannes Rimmel [GRÜNE]: Wie denn?)

- Es ist besser, wenn Sie sich jetzt aufregen, weil Sie ja nach Mai 2000 nicht mehr dabei sind. Deswegen tun Sie es lieber jetzt; hinterher haben Sie nicht mehr soviel Gelegenheit dazu.

Das gleiche, was hier passiert, gilt im übrigen auch für unseren Antrag zur Polizei. Ich habe mich regelrecht aufgeregt, ich war sehr ärgerlich, als ich Ihren Kollegen Baranowski bei der Polizeigewerkschaft gehört habe. Er hat schlicht in Abrede gestellt, was noch 14 Tage vorher im Innen-

(Laurenz Meyer [CDU])

(A) ausschuß Aussage Ihrer Partei war, als wäre es nie gesagt worden. Die Innenpolitiker der SPD waren immer schon gegen Leistungsprämien.

(Frank Baranowski [SPD]: Ja sicher!)

Da guckt Herr Schleißer ganz erstaunt. Das haben Sie nämlich nie gesagt, ja?

(Lachen bei der CDU)

Das haben Sie nie gesagt, das haben Sie nur im Hinterkopf gehabt. Dann hatte ich es allerdings relativ leicht. Das tat mir leid, Herr Baranowski, daß ich das so machen mußte; das ging nun mal nicht anders.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN - Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Wer das glaubt, wird selig!)

Da wir ganz zufällig das Protokoll der letzten Innenausschußsitzung dabei hatten, in der die Leistungsprämie verhandelt worden war, habe ich mir erlaubt, bei der Polizei vorzulesen, was die SPD im Innenausschuß dazu gesagt hat.

Wir haben auch damit kein Problem. Es stört mich überhaupt nicht, ob Herr Kanther das erfunden hat oder einer von Ihnen. Wenn das in Nordrhein-Westfalen zum Beispiel bei der Polizei nicht paßt, dann bin ich dagegen, gleichgültig ob Kanther oder sonstwer das erfunden hat. Im übrigen haben alle SPD-regierten Bundesländer diesem Vorhaben im Bundesrat zugestimmt. Aber bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen gibt es wirklich Wichtigeres - zum Beispiel im Gehaltstrukturbereich -, als Leistungsprämien einzuführen. Das ist doch der Stand der Dinge.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Wenn man alles in Ordnung hat, kann man sicher über manches auch mit der Polizei reden. Für den Frust, der bei der Polizei bis unter die Achseln bei allen Dienststellen herrscht, sind doch nicht wir verantwortlich. Wenn wir dann die Wahrheit aussprechen, dürfen Sie uns doch nicht anschließend dafür beschimpfen. So geht das nicht.

Wenn man in einer Demonstration vor 2000 Leuten erklärt, wir wollen in der Fraktion mal überlegen und dann beantragen, daß das Geld wenigstens dieses Jahr nicht wieder verfällt - das wäre das Schlimmste, was passieren könnte -, und wir dann für den Nachtragshaushalt den entsprechenden Antrag stellen, damit das Geld auf alle Fälle auch 2000 zur Verfügung steht, kommt Herr

Walsken und sagt: Da machen wir nicht mit. - Man muß sich überlegen, Herr Walsken, was man draußen sagt und was man hier sagt; denn wir werden den Kollegen bei der Polizei in jedem Ort mitteilen, was Sie hier machen.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Das ist Täuschen, und das verursacht Frust. Wenn Sie wirklich meinen, daß wir dieser Flickschusterei, die im Nachtragshaushalt insbesondere im Bildungsbereich steht, zustimmen sollten, kann ich nur sagen: Mein Gott, wofür halten Sie uns denn eigentlich? Diese Flickschusterei ist doch nur der Versuch, der Öffentlichkeit wenigstens so ein bißchen Sand in die Augen zu streuen. Frau Behler, ich verspreche Ihnen, Sie werden das mit diesen Maßnahmen nicht schaffen. Das Bildungssystem und die Zukunft unserer Kinder sind den Eltern und uns zu wichtig, um sie Ihnen zu überlassen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Kollegin Bainski das Wort.

Christiane Bainski (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Also wirklich, Herr Meyer, ist es Ihnen nicht auch ein bißchen peinlich?

(D)

(Lachen bei der CDU)

Sie haben am Anfang Ihrer Rede gesagt, Sie wollten eigentlich, daß uns Wahlkampfreden erspart bleiben. Aber Sie haben dann das beste Beispiel dafür geliefert, wie man mit Sprechblasen Stimmung machen kann, ohne sich in irgendeinem Punkt vernünftig zur Sache zu äußern.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Wenn ich mir dann auch noch anhören muß, daß Sie sagen, wir würden uns an der Zukunft der Kinder versündigen, frage ich Sie allen Ernstes, ob Sie sich überhaupt ein einziges Mal ernsthaft und sachgerecht mit der Situation an unseren Schulen befaßt haben.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Zurufe von der CDU; Och!)

So, wie Sie es ausgeführt haben, stellt sich die Situation nämlich nicht dar.

(Christiane Bainski [GRÜNE])

- (A) Wir haben heute gehört, daß sich die CDU-Fraktion nicht in der Lage gesehen hat, sich an den Haushaltsberatungen im Schulbereich zu beteiligen. Das ist ein Armutzeugnis erster Güte.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Meine Fraktion dagegen macht seit ungefähr einem Jahr regelmäßig eine Schultour. Wir - unsere Bildungspolitiker und ich - besuchen gemeinsam Schulen der verschiedenen Schulformen und führen dort Gespräche mit Lehrern und Lehrerinnen, Eltern, Schülern und Schülerinnen. Genau die Maßnahmen, die jetzt im Nachtragshaushalt stehen, entsprechen den Bedürfnissen, die auch die Schulen selber geäußert haben.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Gerade mit dem flexibleren Einsatz des Programms "Geld statt Stellen" und dem Vertretungspool an den Grundschulen entsprechen wir einem von den Schulen selbst geäußerten Bedürfnis. Wir sichern Unterricht ab, und zwar genau in der Größenordnung, wie Unterricht im Durchschnitt ausfällt.

Es ist hier schon mehrfach gesagt worden: Nordrhein-Westfalen liegt beim Bildungsanteil im Haushalt höher als z. B. Bayern und Baden-Württemberg. Wir haben in den letzten vier Jahren 3 Milliarden DM zusätzlich im Haushalt für den Bildungsbereich eingestellt.

(B)

Wenn ich mir anschau, wie die CDU hier auftritt, und dann sehe, was sie in den Bundesländern, in denen sie Regierungsverantwortung trägt, macht, dann kann ich das hier nur als blanke Heuchelei betrachten. In Bayern läßt die CSU die Klassen mit bis zu 38 Schülern und Schülerinnen volllaufen. Das findet in NRW nicht statt. In Hessen hat Herr Koch gleich angefangen, seine Forderung nach Unterrichtsgarantie in der Weise zu erfüllen, daß er erstmal Förderunterricht gestrichen hat, und zwar insbesondere Förderunterricht für Migrantenkinder, die ohnehin in unserem Schulsystem die größten Schwierigkeiten haben, zu schulischem Erfolg zu kommen. Daraus spricht auch noch soziale Verachtung für diese jungen Menschen. Und das machen wir in NRW genau nicht!

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Aus diesem Grund sage ich Ihnen: Legen Sie erst einmal Ihre Konzepte auf den Tisch! Ich bin sehr gespannt, was die CDU dazu im Dezember auf ihrem Parteitag beschließen wird. Wir werden das

sehr genau prüfen. Die bisherige Schaumschlägerei, das Sich-aus-der-Verantwortung-Stehlen und das Nur-Schlagworte-in-den-Ring-Werfen ist jedenfalls kein Konzept, Herr Meyer, das acht Monate lang tragen wird. Da bin ich mir ganz sicher!

(C)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Zu einem weiteren Bereich! Sie haben hier die Frage der Leistungsprämien angesprochen. Diese Frage gilt es auch aus unserer Sicht zu beantworten, allerdings nicht, indem wir einem Antrag, der mal eben über Nacht eingereicht worden ist, blindlings zustimmen.

Wir, die GRÜNEN, sind sicherlich der Meinung, daß Leistungsprämien sehr flexibel eingesetzt werden müssen. Wenn Sie sich einmal mit der Auffassung in den verschiedenen Ressorts beschäftigen, werden Sie feststellen, daß dort sehr unterschiedliche Meinungen auch von den Bediensteten darüber geäußert werden, was sie sich vom Umgang mit den Leistungsprämien erwarten. Wir können uns durchaus vorstellen und würden eine entsprechende Forderung unterstützen, z. B. bei Polizei oder Justiz Leistungsprämien auch für zeitlich vorgezogene Beförderungen einzusetzen.

Diesen Punkt werden wir aber sehr sachlich prüfen, werden ihn auch mit den anderen Ressorts abwägen und werden ihn in den weiteren Haushaltsberatungen einer Klärung zuführen. Es ist aber kein Punkt, der heute in dieser Form so entschieden werden müßte, wie Sie es in einer Nacht-und-Nebel-Aktion versuchen.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN und des Dr. Manfred Dammeyer [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende!

Christiane Bainski (GRÜNE): Im übrigen haben Ihre Beiträge heute gezeigt, daß Sie bisher nicht in der Lage sind - das war sowohl bei der Einbringung des Haushalts für 2000 der Fall als auch in der Nachtragshaushaltsdebatte -, vernünftige Konzepte vorzulegen, vernünftige Vorschläge mit entsprechenden Deckungsvorschlägen zu unterbreiten.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende!

(A) **Christiane Bainski** (GRÜNE): Ich bin gleich fertig. - Solange Sie das nicht können, können Sie sich überhaupt nicht sachlich und vernünftig in die Auseinandersetzung auch darüber, wer ab Mai hier regieren wird, einbringen. - Danke sehr.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Meine Damen und Herren, die Redezeiten sind abgelaufen. Ich **schließe die Beratung.**

Wir kommen zur **Abstimmung** in zweiter Lesung. Ich lasse zunächst über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/4336** abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist damit der **Änderungsantrag** mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **abgelehnt.**

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksachen 12/3972** und **12/4270**. Der Haushalts- und Finanzausschuß empfiehlt in seiner **Beschlußempfehlung** **Drucksache 12/4330**, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **mit den vom Ausschuß beschlossenen Änderungen** anzunehmen. Wer dem die Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist damit der **Gesetzentwurf** in zweiter Lesung mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **angenommen.**

Gemäß Vereinbarung der drei Fraktionen schließen wir nun unmittelbar die dritte Lesung des **Gesetzentwurfs** an. Sie wissen, daß nach § 81 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung die dritte Lesung unmittelbar nach der zweiten Lesung erfolgen kann, wenn nicht eine Fraktion oder ein Viertel der Mitglieder des Landtags widerspricht.

Ihr Einverständnis voraussetzend, rufe ich nun zur **dritten Lesung des Gesetzentwurfs** auf und frage, ob noch jemand das Wort wünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann **schließe ich die dritte Lesung.**

Wir **stimmen nun** in dritter Lesung über den **Gesetzentwurf in der Fassung der zweiten Lesung** entsprechend **Drucksache 12/4330** ab. Wer dem die Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist damit der **Gesetzent-**

wurf in dritter Lesung mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **verabschiedet.**

Ich rufe auf:

3 Gesetz zur Modernisierung der Weiterbildung

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 12/3876

Beschlußempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Schule und Weiterbildung
Drucksache 12/4314

zweite Lesung

Ich **eröffne die Beratung** und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Degen das Wort.

Manfred Degen (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Weiterbildung hat schon einen schweren Stand, wenn sie sich am Markt orientieren muß.

(Zahlreiche Abgeordnete verlassen den Saal.)

- Das sieht man jetzt auch an der Bewegung, die hier im Saale stattfindet.

Man könnte zu Beginn zwei Sprichwörter zitieren, und zwar einmal: "Was lange währt, wird endlich gut!" oder: "Gut Ding will Weile haben!" Denn wir haben uns mit einem guten "Ding", nämlich mit dem Gesetz zur Modernisierung der Weiterbildung, eingehend beschäftigt.

Das Weiterbildungsgesetz hat in fast 25 Jahren eine bedarfsgerechte, eine flächendeckende Landschaft in Nordrhein-Westfalen gebildet. Sie hat dafür gesorgt, daß wir Pluralität sowohl bei den Unterrichtsangeboten als auch bei den Trägerstrukturen erreicht haben.

Ausgangspunkt unserer Diskussion über eine Novellierung dieses Weiterbildungsgesetzes waren die Ergebnisse eines Evaluationsgutachtens, das über den Stand der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen angefertigt worden ist. In diesem Gutachten wurde festgestellt, daß sich das Weiterbildungsgesetz bei allen Trägern einer hohen

(C)

(D)